

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gewöhnliche Zeilen. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 22

Sonntag, den 1. Juni

1913

Die gelbe Schande.

Die Schamlosigkeit des Kapitalismus findet drastischen Ausdruck in dem Terrorismus, mit dem das Unternehmertum gelbe Arbeitervereine gründet und bei Strafe des Hungerns Arbeiter zwingt, diesem Verein beizutreten. Es ist organisierter Verrat, zu dem die terrorisierten Arbeiter gegen ihre eigenen Kollegen und Klassengenossen gepreßt werden.

Man überdenke einmal ganz ruhig die Sache. Das Unternehmertum heutet in unerhörter Weise die Arbeitskraftschaffender Menschen aus. Die Ausgebeuteten wehren sich dagegen, wenn sie zur Einsticht über diesen schmachvollen Betrug gekommen sind und organisieren sich zur Abwehr in den Gewerkschaften. Mit Hilfe ihrer Gewerkschaften ringen sie ihren Ausbeutern einen Brocken von dem ihnen ertzogenen Arbeitsertrag ab. Darüber geraten die Ausbeuter in Wut. Kein Mittel ist ihnen zu schlecht, sie werden es zur Niederhaltung der Arbeiter an. Ausnahme-gesetze oder parteiische Anwendung bestehender Gesetze, Polizei, Gerichte, Militär — alles soll ihnen zur schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter dienen. Bereitwillige Helfer finden sie auch in allen denjenigen, die zur Zersplitterung der Arbeiter Pseudo-Gewerkschaften gründen, die unter dem Einfluß bürgerlicher Parteien, also unter dem politischen Druck der Unternehmerorganisationen oder, wie die Christlichen, auch unter dem Einfluß der Pfaffen stehen.

Aber, das alles nützt nichts, die zunehmende Einsticht unter den Arbeitern stärkt die freien Gewerkschaften an Zahl und Macht. Da greift das Unternehmertum zu den schlechtesten der Schleichwege — es preßt die indifferenten, ungeschulten Arbeiter mit den herkömmlichen Glanzen in die gelben Werkvereine, in denen private Demagogen (Antreiber) oder gekaufte Subjekte als Leiter der Organisation auftreten und die so mißbrauchten, terrorisierten Arbeiter zu Bohndrücker und Verrätern an ihren eigenen Klassengenossen machen. Kann die Schamlosigkeit, die Entwürdigung des Menschen noch weiter getrieben werden?

Aber der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Die Propaganda der fortgeschrittenen, selbstbewußten Arbeiter ruht nicht und reißt die mißbrauchten Arbeiter dem Unternehmertum aus den gelben Klauen. So ist jetzt die bekannte gelbe Gründung nach dem Textilarbeiterstreik in Crimmitschau im Jahre 1903 in die Brüche gegangen.

Man gab ihr den Namen: Nationaler Arbeiter-Unterstützungsverein. Von hier aus ging die Bewegung nach den übrigen Teilen des Königreichs Sachsen. Alle Behörden bis zum Ministerium, auch die Geistlichkeit, und selbstverständlich die Unternehmer, sie alle griffen der neuen Gründung tüchtig unter die Arme und versuchten, ihr vorwärts zu helfen. Kammen doch mehrere Ministerialbeamte nach Crimmitschau, um bei den gelben Höglingen ihre Weisheiten an den Mann zu bringen. In den Fabriken wurde ein unerhörter Druck ausgeübt; fast alle Meister wurden gezwungen, dem Verein beizutreten, und die Meister nötigten wiederum die Arbeiter. In rauschenden Festen lenkte man die öffentliche Aufmerksamkeit auf die neue Vereinigung, und viele Tausend Mark spendete der Crimmitschauer Unternehmerverband. So sollte ein Keil in die Arbeiterorganisation hineingetrieben werden. Es gelang auch tatsächlich, die Mitgliederzahl bis auf 2400 zu steigern. Aber die Freude war nur von kurzer Dauer. Seit einigen Jahren ging es mit dem zu stark gepöppelten gelben Rinde rapid bergab. Die Mitgliederzahl sank ständig, ihre Zahl zu veröffentlichen wagte man schon lange nicht mehr. Der Schwund der Mitglieder hatte den gelben Machern die Möglichkeit genommen, in alljährlichen Festen sich auszublähen. Auch hat der Verein die Zahlung von Unterstützungen eingestellt. Einer Arbeiterin, die die ständige Sterbeunterstützung erheben wollte, wurde die Mitteilung gemacht, daß der Verein beschloßen habe, keine Unterstützung mehr zu zahlen, auch die Franzspenden bei Begräbnissen seien eingestellt worden.

Dem gelben Verein ist also der Atem ausgegangen. Die Unternehmer wollen nicht mehr in die Taschen greifen, und die betörten Arbeiter haben umsonst gehofft und ihre Groschen gesteuert. Die einzige Tätigkeit des Vereins besteht noch im Handel mit Margarine und Kohlen; einige wenige Leute üben sich im Singen patriotischer Weisen.

Eine viel glücklichere Geschichte spielt sich gegenwärtig in der Schweiz ab, wo das Unternehmertum befandenes Recht mit seinen gelben Handlangern hat. Ein gekaufter Leiter der Gelben, mit Namen S z e l l - F r ö h l i c h, der ehemals in der sozialistischen Arbeiterbewegung stand, findet seine Rechnung nicht mehr bei den Gelben und läßt nun folgende Erklärung gegen die Unternehmer los:

„Wer mich kennt, der weiß, daß ich niemals Sozialist war, niemals eine andere Ueberzeugung vertreten habe, als des Gegenteils vom Klassenkampf. Ich war der Ueberzeugung, daß die Lage der Arbeiterschaft auf friedlichem Wege gehoben werden kann. Diesen Traum habe ich gründlich ausgeträumt. Gegen die militärisch stramm organisierten Arbeiterverbände kann es für die Arbeiterschaft nur eine Parole geben: Kampf! — Kampf, ebenso rücksichtslos und brutal, wie die Arbeitgeberverbände die selbstverständlichen Forderungen der Arbeiter bekämpfen. Wer wie ich in das aalglatte, jesuittische Treiben der Arbeitgeberverbände Einblick bekommen hat, der muß darüber lächeln, daß die Bürgerlichen aus dem Generalstreik ein Verbrechen konstruieren. Fast unbewußt, weil gewohnt, verüben die Arbeitgeber und ihre Verbände in einer Woche mehr Terror, als die Arbeiterschaft das ganze Jahr.“

Es ist nichts neues, was der saubere Patron von seinen bisherigen Brogebern sagt, aber richtig ist es doch. Ganz ähnlich vollziehen sich die Dinge in den Kruppischen Werkereinen, einer gelben Gründung, die einstmals mit noch größerem Gestank plagt wird. Ist es doch bereits zur Kauferei unter den edlen Gesinnungshelden der Gelben gekommen.

In Berlin besteht ein „Förderungsausschuß“ der gelben Vereine, von dem jetzt das Organ des bekannten Lebus feststellt, daß er von Kruppischem Gelbe gehalten wird. „Dieser Förderungsausschuß“, so heißt es im „Nationaldemokrat“ weiter, „ist nämlich nichts weiter als ein Instrument der Firma Krupp.“

Wer im Bunde deutscher Werkereine Vorsitzender wird — es sind Stellungen mit 6000 M Gehalt — das hängt von Krupp ab. Wer eine gute Arbeiterssekretärstelle, eine gelbe Redaktionsversorgung oder ähnliches haben will, der braucht nur dafür zu sorgen, daß seine Kruppische nationalliberale Stellungnahme genügend bekannt wird, bald steht ihm der Himmel offen! Bist du nur noch übrig, daß Krupp den Lebus ausläuft, dann ist die gelbe Vereinsmacherei fast ganz in Krupps Händen.

Natürlich suchen auch andere große kapitalistische Unternehmungen die Gründung neuer Bohndrückervereine durchzuführen, nur gelingt es nicht immer, die Arbeiter sind schon zu klug geworden. Aber mitunter gelingt doch. Wie es dabei zugeht, das lehrt folgender Vorgang.

In Plauen bei Götha in Sachsen ist eine Züllfabrik — Aktiengesellschaft — die eine Geldgrube für die Aktionäre ist. Innerhalb sieben Jahre hat sie 4 1/2 Millionen Mark Dividenden abgeworfen. Und trotzdem der Geschäftsgang des letzten Jahres kein stotter war, sind doch 14 Prozent Dividende ausgemorfen worden. Das genügt den Profitmachern nicht, sie wollen mehr haben. Zu dem Zwecke sollen die Löhne herabgesetzt werden. Da aber die Arbeiter sich dagegen wehren würden, versucht es die Firma auf Umwege durch gelbe Werkereine. Die Direktion hat die Statuten für eine solche Streikbrecherorganisation schon an die Werführer ausgeteilt und der berüchtigte Unternehmerterrorismus arbeitet schon. Arbeitern, die in Fabrikwohnhäusern wohnen, wurde die Wohnung gekündigt, weil sie sich weigerten, dem gelben Werkereine beizutreten. Den Freiorganisierten wurde die Entlassung angekündigt, den Gelben wurden die besten Maschinen in Aussicht gestellt. Gegen diesen Terrorismus regt sich weder Polizei noch Staatsanwalt auf.

Wahrlich, es ist herrlich bestellt in dieser bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Kein kapitalistischer Gemütsmenschen findet etwas Anstößiges in solch schmachvollem Vorgehen gegen Mitmenschen. Alle, alle sind ehrenwerte Männer, und alle brüsten sich mit ihrer Bildung gegenüber dem „Arbeiterpaß“. Wie muß es um den Charakter solcher Menschen bestellt sein! Mit Recht kann man angesichts solcher Zustände sagen: der Kapitalismus demoralisiert die menschliche Gesellschaft.

Es ist höchste Zeit, daß dem ein Ende gemacht wird. Rettung kann nur von den Arbeitern kommen. Je gründlicher sie die Auffklärung unter ihregleichen betreiben, um so schwieriger wird es den Unternehmern, Arbeiterverrätervereine zu gründen. Die freien Gewerkschaften werden auch die gelben Vereine matt setzen, aber es muß den Unternehmern überhaupt unmöglich gemacht werden, solche zu gründen. Gält sie kein Reinlichkeitsgefühl davon ab, dann muß die Arbeiterschaft selbst den Reinigungsprozeß vollziehen. Wie es zum guten Beispiel in Crimmitschau geschehen ist.

Die preussischen Landtagswahlen.

Die preussischen Landtagswahlen sind vorüber. Das „elendeste aller Wahlsysteme“, das Dreiklassenwahlsystem, hat der Welt wieder einmal demonstriert, auf welcher ungesunden, unhaltbaren Basis das preussische Regierungssystem aufgebaut ist. Eine Million Wähler — denn ungefähr so viel Stimmen sind für die Sozialdemokratie

gegeben worden — werden durch nur 8 bis 10 Abgeordnete im preussischen Landtag vertreten sein, während die Junterpartei mit einer weit geringeren Stimmenzahl beinahe 200 Mandate erhält.

Frecher kann das Volk nicht verhöhnt werden, als durch solch ein betrügerisches Wahlsystem. Ungenierter kann kein Spitzbube mit seinem Raube prahlen, als die preussischen Konservativen es mit den ergatterten Mandaten tun. Wir sind die Herren! — tönt es nach der Wahl wieder aus ihren Reihen. Und wo ihre Zahl zur Mehrheit im Landtage noch nicht ganz ausreicht, finden sie Sulfurs bei ihren schwarzen, ebenso reaktionären Freunden, den Pfaffen.

Was aus einer Gesetzgebung, wo Junterhochmut und Junterhabacht dominiert, herauskommen kann, ist leicht erklärlich. Alles, jedes Gesetz ist darauf gerichtet, die Habgucht zu befriedigen und das werktätige Volk, das alle Schätze schafft, niederzuhalten. Jeder Fortschritt ist aus dieser Gesetzgebung verpönt, wenn er den Habgierigen nicht Vorteile in Aussicht stellt; jeder Fortschritt, der sich durchsetzen will, muß es außerhalb jener sogenannten Volksvertretung, die sich preussischer Landtag nennt, und gegen sie tun.

Mehr als ein halbes Jahrhundert triß dieser parlamentarische Schaden am Volke. Heftigerer Kämpfe als der Wahlkämpfe wird es bedürfen, ihn zu beseitigen; aber beseitigt muß er werden.

Wie wäre es möglich, daß die Arbeiter von dieser Gesetzgebung eine Wahrnehmung ihrer Interessen erwarten könnten! Selbst der Slavenhalter hat mehr Interesse an seinen Sklaven, als die Grundherren Preußens an den Arbeitern haben. Jetzt, wo diese Arbeiter gar noch politisch selbständig geworden sind, und nach voller Gleichberechtigung streben, steigt vielmehr die Feindseligkeit des Juntertums gegen die Arbeiter. Es gilt für die größte Vermessenheit, einfacher Arbeiter zu sein und Gleichberechtigung zu beanspruchen. Das „liebe Vieh“ erfährt darum bessere Behandlung durch die Junterproben als die Arbeiter.

Wie muß also die Sozialpolitik einer Gesetzgebung beschaffen sein, in der das Juntertum entscheidet! Es ist auch wirklich greulich, wie in Preußen gegen das bische Sozialpolitik gewirtschaftet wird, das der Reichstag in gesetzliche Form gepreßt hat. Und Preußen geht in allen reaktionären Dingen den andern deutschen Staaten voran. Müß das nicht die Zerrissenheit des parlamentarischen Lebens und den Widerstimm innerhalb der regierenden Kreise jedermann verständlich machen? Reichstag und preussischer Landtag sind ihrem Wesen nach so starke Gegensätze, daß ein stetiger Widerstreit zwischen beiden vorhanden sein muß, so starken und erfolgreichen Druck auch die preussische Junterregierung auf den Reichstag auszuüben vermag. Das kann nicht in alle Ewigkeit bestehen.

Es kommt auch nur darauf an, wie bald sich die gesamten Arbeiter von den Einflüssen dieses unhaltbaren Systems emanzipieren. Die preussischen Landtagswahlen sind ihnen in erster Linie ein Gelegenheitsmittel, diese Emanzipation durch aufflärende Agitation zu fördern. Was sie an Mandaten erringen bei den Landtagswahlen, genügt gerade, um von der Tribüne des Landtages das klärende Bild zu verhoffen. Der wirkliche Erfolg der Landtagswahlen besteht darin, daß sie erlauben lassen, wie weit die Scheu gewichen ist, offen an der Wahlurne für die Sozialdemokratie einzustehen und für sie zu stimmen. Daß das eine Million Wähler ohne Aussicht auf größere Wahlsiege mag, ist für die Gegner der Sozialdemokratie die bedeutlichste Erscheinung unserer Zeit, für die Sozialdemokratie die erfreulichste.

So beurteilt, haben die preussischen Landtagswahlen eine Bedeutung weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus, in dem die Sozialdemokratie der aller anderen Länder schon in diesem Punkte voransteht.

Ist also auch nach den diesjährigen Landtagswahlen für die Arbeiter nichts zu erwarten, soweit eben der preussische Landtag in Betracht kommt, so haben sie doch die tröstliche Gewißheit auf neue erhalten, daß die Arbeiterbewegung mächtig vorwärts schreitet. Das eröffnete Ausichten auf nicht zu ferne Zukunft, Ausichten auf die Emanzipation der gesamten Arbeiterschaft, vor der das Dreiklassenwahlsystem ebenso hinsinken wird, wie die ganze Junterherrschaft in Preußen.

Rundschau.

Bei Landtagswahlen wird nicht gelbt. Das erfahren die Sachsen immer erst auf Umwegen. In Preußen beginnt man jetzt anstehend während der Landtagswahlen militärische Übungen der wahlberechtigten Jahresklassen der Ersatztruppen zu unterlassen und bereits angeordnete

Übungen zu verschieben. Erhielten da jüngst Landwehrlaute der Eisenbahnertruppen im Zwickauer Bezirke den Befehl, zu einer in Berlin abzuleistenden Übung einzurücken. Der Transport ging plückerlich vom Zwickauer Bezirkskommando ab. Als er aber in Berlin beim Kommando eintraf, war dort großes Erstaunen. Man eröffnete den Leuten, daß sie nichts da zu suchen hätten, sie sollten nur wieder heimfahren, die Übung sei in Anbetracht der preussischen Landtagswahlen um vier Wochen verschoben worden. Nun war die Reihe des Erstaunens an den sächsischen Landwehrlaute, und sie beguckten nun die ebenso erstaunt dreinschauenden Leibensgefährten, die aus einem westfälischen Bezirk herangekommen waren. Aber eine Enttäuschung kommt selten allein. — Als sie mit den ihnen auf dem Kommando trostbereit und gnädig gewährten Fahrtausweisen zur Berechtigung der Schnellzugsbenutzung zum Bahnhof kamen, wurde ihnen die Schnellzugsbenutzung verweigert, weil an den ersten Tagen nach den hohen Festen Militärparaden für Schnellzüge keine Gültigkeit haben. So mußten sie denn per Bummelpost den langen Rückweg zurücklegen und hatten nun ausserordentlich über die Urheber der Schuppenstädter Fahrt und darüber nachzudenken, warum wohl die preussische Militärverwaltung so viel Rücksicht auf die übungspflichtigen Landwehrwähler nimmt.

Ob die Schuld an dem Vorfall den Berlinern oder den Sachsen zufällt, ist noch nicht festgestellt. Da im Reich der blauen Kämpfe den Untergebenen jedes Verschönerung schwer angerechnet wird, sind auch die betrieblenen Landwehrlaute nicht gewillt, ihren Schaden an Arbeitslohn usw. zu tragen. Sie haben beim Bezirkskommando Zwickau ihre Forderungen bereits geltend gemacht. Da die Entscheidung darüber lebhaft militärische Verwaltungsinstanzen zu fällen haben, darf man auf den Ausgang gespannt sein.

Wie die Kirche gegen die Gewerkschaften kämpft. Der Haß, den die Kirche gegen die aufstrebende Arbeiterschaft und ihre Organisationen empfindet, spiegelt sich recht deutlich in einem Vorgang wieder, der sich in Kirchdorf an der holländischen Grenze abspielte. Dort sollte das Kind eines Bergmannes getauft werden. Beim Taufakt gestattete sich nun der Kaplan von Ormelingen, an den Vaten die Frage zu stellen: „Gehören Sie dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverbande an?“ Der Taufpate erwiderte, er glaube, daß dies mit dem Taufakt nichts zu tun habe. Der Kaplan war jedoch anderer Ansicht. Er erklärte kurz und bündig: „Ich kann Sie als Taufpate nicht anerkennen.“ Erst als er die übrigen zur Taufe anwesenden Kinder getauft hatte, nahm er auch die Taufe des Kindes des Bergarbeiters vor, aber ohne den Taufpaten. Das Verbandsmitglied wurde als Taufpate tatsächlich nicht zugelassen. Hierbei ist in Betracht zu ziehen, daß der Bergarbeiter keineswegs mit der Kirche gebrochen hatte, sondern seinen religiösen Verpflichtungen stets nachgekommen und als fleißiger Kirchgänger allgemein bekannt ist.

Der Vorgang ist typisch für die Stellung der offiziellen Kirche zur Arbeiterschaft. Sie will deren Aufstieg nicht, der sich nur in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie vollziehen läßt. Sie duldet nur Organisationen, die den kirchlichen Grundlagern anerkennen: **W e r K n e c h t i s t , s o l l K n e c h t b l e i b e n !** Sie verfolgt in ihrem fanatischen Haß alles, was der Arbeiterschaft Selbstständigkeit verleiht, ihr Selbstbewußtsein gibt und sie aus dem wirtschaftlichen Elend befreien will. Denn auf dem wirtschaftlichen Elend beruht ja Einfluß und Macht der Kirche; es zu erhalten ist ihr Interesse, und die Aufgabe, die ihr die herrschende Klasse gestellt hat, deren Instrument sie ebenso ist wie Bureaucratie, Justiz, Polizei, Militarismus und wie alle die Organe des Klassenstaates heißen.

Vom deutschen Arbeiterstand. Die deutschen Arbeitgeber führen bei jeder Gelegenheit Klage über die große Belastung, die ihnen die Arbeiterversicherung und der Arbeiterzuschuß auferlegen und versuchen immer wieder, zu beweisen, daß die deutsche Industrie und Landwirtschaft dadurch dem Auslande gegenüber im Nachteile sich befinden und nicht konkurrenzfähig wären, würde den Anforderungen der Arbeiter auf Verbesserung der bestehenden Schutzvorschriften entsprochen werden. Deshalb seien einige Details angeführt über die Gefahren, denen die Arbeiter und Arbeiterinnen im Erwerbsleben ausgesetzt sind, über das Unzureichende der vorhandenen Schutzgesetze bezw. der Art ihrer Durchführung und über die den Unternehmern entstehenden Kosten.

Bersichert waren gegen Unfall im Jahre 1911: 2 802 667 Personen. Unfallmeldungen wurden erstattet 716 584. Von den gemeldeten Fällen verliefen 9443 tödlich, 988 hatten völlige und 46 124 teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Bei 75 559 war die Erwerbsunfähigkeit vorübergehend oder im Jahre der Meldung noch nicht festgestellt bzw. nicht anerkannt. Auf 1000 Bersicherte entfielen also 1911: 0,34 Unfälle gegen 0,32 im Jahre 1910. Trotzdem blieb die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle nahezu die gleiche wie im Jahre zuvor. Es ist dies zurückzuführen auf die Sparbarkeit der Berufsgenossenschaften und ein Beweis dafür, daß es den verletzten Arbeitern nicht leicht gemacht wird, in den Genuss einer Unfallrente zu kommen. Zum erstenmal wurden Renten bewilligt an 132 114 Personen gegen 132 064 im Jahre 1910. Von den übrigen im Jahre 1911 verletzten Arbeitern und Arbeiterinnen werden Tausende langwierige Kämpfe führen müssen, ehe ihre Erwerbsunfähigkeit als Unfallfolge anerkannt und entschädigt wird. Dabei kann selbst die Vollrente auf keinen Fall den Verlust der Erwerbsfähigkeit ersetzen.

An Kosten erwachsen den Arbeitgebern durch die Unfallversicherung im Berichtsjahre im Durchschnitt auf je 100 A Lohnsumme 1,87 A.

Evangelische Arbeitervereine gegen die gelbe Bewegung. Die evangelischen Arbeitervereine in Rheinland und Westfalen haben auf Betreiben ihrer nationalliberalen Führer noch keinen direkten Gegenstoß zu den Gelben ausgesprochen. In Rücksicht auf die verschiedensten gleichartigen Bestrebungen unterließen sie es bisher, sie haben eine

„abwartende Stellung“ eingenommen. Nachdem ihnen aber ihr Mitgliederverlust, der der gelben Bewegung zugute kam, zu stark geworden ist, haben sie jetzt eine Stellungnahme für erforderlich gehalten. Der Kampf der Zentrumsbewegungen datiert bekanntlich auch erst von dem Zeitpunkte ab, wo ihnen die Abschreckung vieler katholischer Arbeiter ins gelbe Lager in schrecklicher Weise zum Bewußtsein gekommen ist. Katholisch und evangelisch erzeugte Arbeiter bilden ja schließlich das empfänglichste Material für die gelbe Richtung.

Dieser Tage haben nun der Ausschuß für die Verbände evangelischer Arbeitervereine in Dortmund zwei Anträge vorgelegt, die sich mit der Stellungnahme zu den Werkereinen beschäftigen. Während der Kreisverband Medlinghausen einen Beschluß dahin wünschte: „Welche Richtlinien haben die einzelnen Vereine der genannten Bewegung gegenüber zu beobachten?“, beantragte der Kreisverband Elberfeld unter ausführlicher Darlegung der erfolglosen Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung durch die evangelischen Arbeitervereine und dem Hinweise darauf, daß die Bestrebungen der evangelischen Arbeitervereine durch die gelbe Werkereinebewegung nicht nur kritisiert, sondern geradezu angefeindet und behindert werden, eine Entschliebung, wonach diejenigen, die in den Vereinen des Provinzialverbandes der evangelischen Arbeitervereine Agitation für die wirtschaftsfriedliche (gelbe) Bewegung treiben oder irgendwie gegen Beschlüsse und Forderungen des rheinisch-westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine oder gegen das soziale Programm des Gesamtverbandes arbeiten, nicht Mitglied eines evangelischen Arbeitervereins bleiben können.

Dieser Antrag wurde von Sekretär Beer eingehend begründet und dabei insbesondere auf die Kriegserklärungen der gelben Vereine gegen die evangelischen Arbeitervereine hingewiesen:

„Die evangelischen Arbeitervereine sollten ihre feither bewährten und besorgten Grundsätze und die nach diesen Grundsätze wirkenden Personen aus der Leitung der evangelischen Arbeitervereine aufgeben.“

Rebner erklärte, daß das einfach unmöglich sei. Nach ihrem Grundsätze: „Luet Ehre jedermann“, achteten sie auch die Arbeitgeber, sie kannten aber auch das Wort des Apostels: „Werdet nicht der Menschen Knecht!“ In demselben Sinne äußerte sich Pastor D. Weber (M.-Glabbach), der Gesamtverbandsvorsitzende. Die von Elberfeld verlangte Entschliebung wurde vom Ausschuss angenommen, so daß sich also der Provinzialverbandstag mit der Sache beschäftigt wird. Namens des Essener Arbeiter- und Birgervereins erklärte der nationalliberale Parteisekretär Lummel, „der Verein müsse sich alles Weitere vorbehalten“. In Essen hat die Gewerkevereinebewegung bekanntlich einen starken Rückhalt an Krupp. — In evangelischen Arbeiterkreisen macht man sich bereits schwere Vorwürfe, daß man den von den Zechen und Industriewerken besoldeten nationalliberalen Agitatoren, die durchweg Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine sind, aber gleichzeitig auch für die gelbe Bewegung agitieren müssen, Gehör geschenkt und nicht längst den Kampf gegen die Gelben aufgenommen hat.

Das Verständnis des Arbeitererrats. Der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wird aus Zentrumskreisen über eine Generalversammlung des Augustinussvereins berichtet, die vor einigen Tagen in Köln stattfand und den Zweck hatte, die geladenen Delegierten aus Mittelstandskreisen für die Landtagswahlarbeit zugunsten des Zentrums warm zu machen. Das gelang nicht, vielmehr wurden während der ganzen Diskussion heftige Vorwürfe gegen das Zentrum erhoben, weil es die Interessen des Mittelstandes nicht genügend wahrnehme.

Als Besichtigungshofrat trat u. a. auch Herr Stegerwald auf. Ein Rebner hatte die Frage aufgeworfen, wie es denn zu verstehen sei, daß die Arbeiter im Zentrum zufrieden seien, während das Zentrum den Mittelstand auch durch die schönsten Reden nicht still bekommen.

Stegerwalds Antwort war das Eingeständnis, daß die Zentrumsarbeiter im Interesse des Zentrums systematisch belogen und betrogen werden. Stegerwald sagte:

„Die verhältnismäßige Zufriedenheit der christlichen Arbeiterschaft habe nicht etwa, wie angedeutet worden sei, ihren Grund in einer völligen Befriedigung ihrer berechtigten Forderungen, vielmehr habe die christliche Arbeiterschaft speziell auch an die Zentrumsparthei noch eine lange Reihe von dringlichen Wünschen, die vorläufig abwartende, ruhige Haltung der organisierten christlichen Arbeiterschaft sei hauptsächlich das Verdienst der Führer, die mit voller Abgeschlossenheit namentlich seit dem Finanzreformstreit in der Zeit des Währungssturzes mit aller Kraft und mit allem Geschick „gebremst“ hätten; die Lebenshaltung der Arbeiterschaft im allgemeinen habe sich trotz der aufsteigenden Bewegung der Löhne wesentlich verschlechtert infolge der ganz unverhältnismäßigen Teuerung. Da sollten sich also die Führer des Mittelstandes an den christlichen Arbeiterführern ein Beispiel nehmen.“

Die Lebenshaltung der Arbeiter hat sich infolge der unverhältnismäßigen Teuerung wesentlich verschlechtert, die Zentrumsführer haben noch eine lange Reihe von dringlichen Wünschen, die Führer aber gestatten ihnen nicht, auf Erfüllung dieser Wünsche zudringen, sie bremsen!

Herr Stegerwald hat zweifellos Recht. Seit 1909 spielen die „Arbeiterführer“ im Zentrum eine solche Rolle. Sie versuchten mit allen Mitteln, die von ihnen selbst vorher mit den schärfsten Worten gebrandmarkten Steuern den Arbeitern mündgerecht zu machen. Die Arbeiter murmurten, die Führer leisteten sie derart ein, daß sie „im Interesse der Partei“ schwiegen.

Die Teuerung kam, die Arbeiter Massen enorm unter den Zuständen, es bestand die Gefahr, daß sie ruppig würden: Die Führer beruhigten sie, logen das Blaue vom Himmel herunter, daß die Sozialdemokratie an der Teuerung schuld sei usw. Die Zentrumsarbeiter ließen sich aufs neue einfeilen, sie schwiegen.

Vor ein paar Jahren verlangten die Zentrumsarbeiter mit der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ an der Spitze Wahlrechtsdemonstrationen durch das Zentrum: rasch wurden sie eingeseift, ihnen weisgemacht, daß man so nicht schreien dürfe, daß doch nichts zu erreichen sei. Die Arbeiter schwiegen!

Heute gesteht Stegerwald faktisch ein, welche Rolle die „Arbeitervertreter“ im Zentrum spielen. Und die Arbeiter lassen es sich gefallen?

Vom Lügen der Gottesdiener. Den heutigen Dienern des Christentums geht es nicht mehr so schlecht, als dem Stifter dieser Religion, der, wie die Bibel erzählt, so arm war, daß er oft nicht wußte, wo er sein Haupt hinlegen sollte. Ein Oberpfälzer Zentrumsblatt, die „Amberger Volkszeitung“, berichtet aus dem Städtchen Tirschenreuth, daß der dortigen Stadtpfarrkirche ein „aus reichstem Goldbrofate“ gefertigter Ornat gestiftet wurde. Der Ornat besteht, so schreibt das fromme Blatt, das den armen Oberpfälzer Arbeitern mit Vorliebe Bescheidenheit und Geduld predigt aus: „Messgewand, Leinentleibern, Rauchmantel, Schulterbesum und Messpultbedecken im Werte von 2165 A“. Das Blatt erzählt weiter: „Das Muster wurde zu Lyon in Frankreich gewebt und dann von den ehrenwürdigen Klosterfrauen in Waldbassen, deren kunstvolle Handarbeiten weltberühmt sind, fertiggestellt. Am Pfingstfest kam der Ornat zum erstenmal beim Hochamte zur Verwendung.“ Das Oberpfälzer Städtchen Tirschenreuth, eine Zentrumsdomäne, hat eine vorherrschend recht arme Bevölkerung. Der größte Teil der dortigen Arbeiterschaft lebt, da die frommen Unternehmer sehr schlechte Löhne zahlen, in bitterster Not. Das hindert den Herrn Stadtpfarrer aber nicht, sein frommes Amt in einem Kleid auszuüben, das 2165 A kostete, also viel mehr als zwei Tirschenreuther Arbeiterfamilien das ganze Jahr über verdienen. Mit den Grundsätzen des Christentums läßt sich dieser Priesterluxus eigentlich nicht in Einklang bringen, denn in der Bibel heißt es, daß der, der übrigen Reichtum und Schmuck besitzt, diesen veräußern und den Erlös den Armen geben soll.

Klosterpatriotismus. Die Arbeiterbevölkerung der schwarzen Oberpfalz ist bekannt als ganz außerordentlich bescheiden, anspruchs- und bedürfnislos. Trotzdem führen die Oberpfälzer Unternehmer in der Industrie und die meist adeligen Großgrundbesitzer, die samt und sonders große Patrioten sind, seit Jahren polnische und andere ausländische Arbeiter als Lohndrücker ein. Dieses patriotische Tun wird neuerdings von geschäftskundigen Klosterverwaltungen nachgeahmt. So melden Oberpfälzer Zentrumsblätter, daß die Klosterverwaltung Waldbassen einen Trupp polnischer Arbeiter und Arbeiterinnen bezogen hat, um sie in ihrer Landwirtschaft zu beschäftigen. Die eingeführten Lohndrücker mußten ärztlich untersucht und geimpft werden. Wie schlecht müssen doch die Arbeitsbedingungen in den Oberpfälzer Gütern und in den Klöstern sein, wenn schon die überaus anspruchslosen und bedürfnislosen Oberpfälzer Arbeiter durch noch genügsamere und billigere auswärtige Lohndrücker ersetzt werden müssen.

Maximalarbeitsstag und Minimallohn vor dem schwedischen Reichstag. Vor etwa Jahresfrist wurde durch die sozialdemokratische Fraktion im schwedischen Reichstag ein Antrag auf Durchführung eines Maximalarbeitstages und die Festlegung eines Minimallohnes für die Arbeiter eingebracht, der nach stattgefundenem Beratung im Plenum an eine Kommission verwiesen wurde. Diese hat nun eine Denkschrift veröffentlicht, in der sie bestimmte Vorschläge macht, die demnächst im Reichstage zur Beratung stehen. Mit Bezug auf die Frage des Maximalarbeitstages beantragt die Kommission, die Regierung zu beauftragen, eine Untersuchung zu veranstalten, ob und in welcher Ausdehnung ein Maximalarbeitsstag eingeführt werden kann und welche Länge derselbe haben soll, oder welches bestimmte Minimum zusammenhängender Freizeit innerhalb besonderer Arbeitsgebiete notwendig ist. Die sozialdemokratischen Mitglieder haben dazu noch ein Amendement gestellt, das die obigen Forderungen näher präzisiert. Sie fordern eine Untersuchung, ob und in welcher Weise ein Maximalarbeitsstag von acht Stunden festgesetzt werden kann, und zwar für alle männlichen und weiblichen Arbeiter in Industrie, Handwerk, Handel, Verkehr und in den staatlichen und kommunalen Unternehmen, und in welcher Ausdehnung gesetzliche Regeln geschaffen werden können zur Erreichung eines Minimums arbeitsfreier Zeit in solchen Berufen, wo eine zusammenhängende Arbeitszeit nicht durchführbar ist. Bezüglich der Frage des Minimallohnes fordert die Kommission eine Untersuchung, inwieweit und unter welchen Bedingungen Minimallohne festgesetzt werden können — ob durch allgemeine Lohnsätze oder Berufsämter — für männliche und weibliche Lohnarbeiter mit Einnahmen, deren Höhe noch aufzustellende Sätze nicht übersteigen. Interessant ist die Motivierung dieser Forderungen: „Es ist offenbar, daß die Gesellschaft die Festlegung der Arbeitsbedingungen nicht vollständig der freien, unorganisierten Konkurrenz überlassen kann, ohne daß die allgemeinen Interessen darunter leiden. Deshalb hält sich die Kommission befugt, in die Frage des Minimallohnes einzugreifen. Es muß im Interesse der Gesellschaft liegen, zu verhindern, daß die Arbeitslöhne unter eine gewisse Minimumsgrenze sinken. Es bedarf unstreitig einer gewissen Lebenshaltung, damit der Arbeiter seine Leistungsfähigkeit behalten und seine Qualifikation zum tüchtigen Mitbürger bewahren kann. Die Kommission betrachtet es daher als eine Aufgabe der Gesellschaft, gewisse Minimallohne für die Arbeiter festzusetzen, aufrecht zu erhalten und sie ihnen eventuell auch zu garantieren.“

Kollegen Deutschlands!

Gedenkt der ausgeperrten Tabakarbeiter in Holland! Alle Gelder sind zu senden an W. Nieder-Belland, Bremen, Faulenstraße 58/60, Postfachamt Hamburg 11, Postfachkonto Nr. 5349. Die Zahlkarten sind zu benutzen, doch ist darauf zu bemerken: Für Holland!

Karl Butry †.

Einer von der alten Garde der Tabakarbeiter-Schaft ist nicht mehr. Am Sonnabend, den 24. Mai, ist zu Berlin unser alter und lieber Karl Butry an einem Schlaganfall im Alter von 76 Jahren gestorben. Mit Karl Butry ist ein Mann dahingegangen, der es für seine heilige Pflicht hielt, in den Reihen des kämpfenden Proletariats zu jeder Zeit seinen Mann zu stehen. Ein Menschenalter stand er in der Tabakarbeiterbewegung Deutschlands, und nicht nur unsere Berliner Kollegen, auch wir übrigen Tabakarbeiter, die an den Kämpfen unseres Berufes teilnahmen, lernten ihn als Mensch und Kämpfer schätzen. In Butry verkörpert sich ein Stück Geschichte der Tabakarbeiterbewegung. Wohl breiBig und mehr Jahre hat er an vorderster Stelle gestanden und erst die Beschwerden seines hohen Alters zwangen ihn, von der aktiven Tätigkeit abzulassen. Er hat die Leiden eines Tabakarbeiter-Lebens voll auskosten müssen; der Kampf ließ sie ihn ertragen. Lange Jahre gehörte Karl Butry der Kommission für öffentliche Angelegenheiten an, die die Tabakarbeiter-Schaft eingesetzt hatte, um während des Sozialistengesetzes ihre sozialpolitischen Bestrebungen wahrnehmen zu können, ohne den Verband zu gefährden. Und als die Zentralkommission zur Abwehr jeglicher Tabaksteuererhöhung eingesetzt wurde, wurde auch Karl Butry ihr Mitglied. Und so hat er oft und auf mancherlei Weise nicht nur für die Interessen der Tabakarbeiter gestritten, sondern er ist auch auf politischem Gebiete im Dienste der Arbeiterschaft treuer Helfer gewesen. Die Stadt Berlin hatte dem gewissenhaften Manne viele Jahre lang ein wichtiges Amt im Dienste der Armenpflege anvertraut. Wir rufen dem Verstorbenen nach: Dein Wollen hast Du geleistet, Dein Pflichtbewußtsein sei uns vorbildlich!

Deutscher Tabakarbeiterverband

Von dem unterzeichneten Vorstande wird hiermit der 16. Verbandstag.

einberufen und zwar zum 3. August d. J. und folgende Tage, nach Seibelberg im Lokale „Harmonie“. Der Verbandstag beginnt abends 8 Uhr mit folgender Tagesordnung:

1. Konstituierung des Verbandstages.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes und Ausschusses.
3. Unser Verband und seine Lohnkämpfe.
4. Einführung der Erwerbslosenunterstützung.
5. Die „Volkspflege“.
6. Sonstige Anträge.
7. Wahl des Vorstandes und Vorf. des Ausschusses.

Anträge zum Verbandstag, welche in der gedruckten Vorlage zum Verbandstage Aufnahme finden sollen, sind nur von Zahlstellenversammlungen zu stellen und müssen bis zum 8. Juli d. J. beim unterzeichneten Vorstande eingereicht sein.

Anträge zum Statut sind so zu halten, daß sie sich nur auf die Materie eines Paragraphen beziehen. Anträge, die gestellte Anträge nur wiederholen, bleiben unberücksichtigt.

Die Delegiertenwahlen zum Verbandstag finden Sonntag, den 6. Juli d. J. innerhalb der Zeit von 2 bis 6 Uhr nachmittags statt.

Die Wahlergebnisse sind bis zum 8. Juli an den Vorsitzenden der Zentral-Wahlprüfungskommission einzusenden. Wahlergebnisse, die nach Ablauf dieser Zeit eingekampt werden, finden keine Berücksichtigung.

Die Wahlen sind nach den Bestimmungen des Wahlreglements (siehe Statut, Seite 20 bis 22) vorzunehmen.

Die Namen der Verbandstagskandidaten, die nur von einer Zahlstellenversammlung aufgestellt werden können, sind dem unterzeichneten Vorstande bis spätestens den 24. Juni d. J. einzusenden.

Bremen.

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.
J. A. C. Deichmann.

Wahl-Reglement.

Wahlberechtigung und Wahlbarkeit.

§ 1.

Jedes Verbandsmitglied, welches mit seinen Verbandsbeiträgen und Sozialbeiträgen nicht über sechs Wochen restiert, ist wahlberechtigt und wählbar; durch Befreiung von den Beiträgen infolge von Krankheit oder Arbeitslosigkeit oder durch Einbindung der Beiträge wird das Wahlrecht und die Wahlbarkeit eines Mitgliedes nicht beeinträchtigt.

Wählen kann ein Mitglied nur in derjenigen Zahlstelle, welcher es zurzeit der Wahl angehört. Das Mitgliedsbuch legitimiert. Ein Mitglied, welches sich auf der Wanderschaft befindet, wählt in der Zahlstelle, wo es sich am Wahltag anhält.

Die Art der Wahl.

§ 2.

Die Wahl ist geheim und erfolgt mittels Stimmzetteln. Ein Mitglied kann unter Vorzeigung des Mitgliedsbuchs sein Wahlrecht nur persönlich ausüben.

Wahlkreise.

§ 3.

Jeder im Verband abgetrennte Gau umfaßt einen Wahlkreis. Auf je 500 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen.

Sind in einem Gau für eine Spezialbranche Sektionen errichtet und in diesen Sektionen zusammen mindestens 200 Mitglieder organisiert, so ist aus den Reihen dieser Mitglieder und von ihnen ein Delegierter zu wählen. Umfassen die Sektionen einer Spezialbranche eines Gaues mehr als 500 Mitglieder, so erhöht sich die Zahl der Delegierten, die für diese Spezialbranche zu wählen sind. (§ 3, Abs. 1.)

Zur Festsetzung der Zahl der Delegierte gilt die Mitgliederzahl des letzten abgeschlossenen Quartals.

Die Ausschreibung der Wahl.

§ 4.

Die Ausschreibung der Wahl erfolgt (§§ 17 und 20 des Statuts) durch den Verbandsvorstand im Verbandsorgan und muß mindestens sechs Wochen vor dem Wahltag erfolgt sein.

Wahltag und Wahlzeit.

§ 5.

Die Wahlen sind an Sonntagen vorzunehmen und zwar innerhalb der Zeit von 2 Uhr bis 6 Uhr nachmittags. Vor und nach dieser Wahlzeit dürfen keine Stimmzettel entgegengenommen werden.

Für jede Zahlstelle sind den Ortsverhältnissen entsprechend Wahlbezirke zu bilden.

Wahlleitung und Wahlhandlung.

§ 6.

Nach erfolgter Ausschreibung einer Wahl hat jede Zahlstelle eine Wahlleitung einzusetzen. Die Wahlleitung ist zu bilden durch die Bevollmächtigten und Revisoren der Zahlstelle.

Die Zahlstellenversammlung nominert die Kandidaten zur Wahl. Die Namen der vorgeschlagenen Kandidaten sind dem Verbandsvorstand einzusenden und von diesem im Verbandsorgan zu veröffentlichen.

Die örtliche Wahlleitung bestimmt die Wahllokale und hat dafür zu sorgen, daß dies rechtzeitig und in geeigneter Weise den Mitgliedern bekanntgegeben wird.

Die Stimmzettel mit den vorgebrachten Namen der vorgeschlagenen Kandidaten sind vom Verbandsvorstande zu beschaffen und den Zahlstellen zuzusenden.

Beim Eintritt in das Wahllokal ist von der Wahlleitung dem Wähler ein Stimmzettel zu übergeben.

Der abzugebende Stimmzettel darf höchstens nur so viele Namen enthalten, wie Delegierte im Wahlkreis zu wählen sind.

Es ist gestattet, auch andere als die vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen. Die Namen nicht gewünschter Kandidaten sind durchzustreichen bzw. durch andere zu ersetzen.

Der Stimmzettel ist zu falzen und der Wahlleitung zu übergeben, die ihn in einen dazu bereitzustellenden Behälter zu legen hat.

Das ausgeübte Wahlrecht ist dem Mitgliede im Mitgliedsbuche zu bestätigen. Die Bestätigung erfolgt durch die Wahlleitung durch Abdruck des Zahlstellenstempels mit Befügung des Datums des Wahltages.

Nach geschlossener Wahl ist von den Bevollmächtigten und Revisoren das Wahlergebnis festzustellen und ein Wahlprotokoll anzufertigen. Das Wahlprotokoll ist von den Mitgliedern der Wahlleitung durch Unterschrift zu beglaubigen und mit dem Zahlstellenstempel zu versehen. Das fertige Wahlprotokoll ist mit den abgegebenen Stimmzetteln innerhalb drei Tagen nach dem Wahltag der Zentral-Wahlprüfungskommission einzusenden.

Wahlprüfung.

§ 7.

Von der Zahlstelle, wo der Verbandsvorstand seinen Sitz hat, ist eine aus fünf Mitgliedern bestehende Zentral-Wahlprüfungskommission zu wählen.

Die Wahlprotokolle und Stimmzettel sind an den Vorsitzenden dieser Kommission zu senden.

Wahlprotokolle, welche nach Verlauf der im § 8 Abs. 10 festgesetzten und entgegen den Bestimmungen des § 6 Abs. 9 eingekampt werden, sind für ungültig zu erklären.

Abgegebene weiße Stimmzettel und Stimmzettel mit mehr Namen, als Delegierte zu wählen sind, sind ungültig; gültig dagegen sind solche Stimmzettel, die weniger Namen enthalten, als Delegierte im Wahlkreise zu wählen sind.

Bei Feststellung des Wahlergebnisses gilt die einfache Mehrheit; die Kandidaten, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen, sind als gewählt zu betrachten. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Zentral-Wahlprüfungskommission durch das Los.

Im Falle der Verhinderung eines gewählten Delegierten tritt der mit höchster Stimmenzahl in der Minderheit gebliebene Kandidat an seine Stelle.

Etwasige Wahlproteste sind an die Zentral-Wahlprüfungskommission zu richten.

Die gewählten Delegierten erhalten das Mandat vom Verbandsvorstand ausgehändigt.

Zentralwahlprüfungskommission.

In die Zentralwahlprüfungskommission sind gewählt die Kollegen Adolf Antoni, Friedr. Gente, Adolf Hermann, Louis Mehner sen., Wilh. Meyer.

Vorsitzender: L. Mehner, Bremen, Theobaldsstraße 22.
Der Vorstand.

Die Sortierer und

Ristenbelleber im Deutschen Tabakarbeiter-Verband.

Nachdem die Hamburger Generalversammlung 1912 die Verschmelzung beschlossen hatte, ist der Uebertritt der Sortierer und Ristenbelleber in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband ziemlich einhellig erfolgt. Am Ende des 2. Quartals 1912 betrug die Mitgliederzahl im Sortiererverband 3039, davon 2114 männliche und 925 weibliche Kollegen. Uebergetreten sind 1914 männliche und 772 weibliche, zusammen 2686, so daß ein Verlust von 353 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Inmerhin eine bedauerlich große Zahl, aber es ist dabei zu bedenken, daß sich dazwischen ein großer Teil von solchen Mitgliedern befindet, die erst durch die Bewegung in Westfalen in den Sortiererverband hineingekommen sind und meistens als Packer oder sonstige Hilfsarbeiter beschäftigt waren. Daß diese bei der schlechten Konjunktur anderswo unterzukommen, ist begreiflich. Fest steht aber, daß der alte Stamm der Sortierer- und Belleberkollegen geschlossen übergetreten ist.

Ueber die Notwendigkeit dieses Zusammenschlusses an dieser Stelle zu reden, erübrigt sich, beide Arbeiter-

gruppen, Zigarrenmacher und Sortierer, sind, je größer und schwieriger die Kämpfe werden, immer mehr auf einander angewiesen. Daß bei dieser Notwendigkeit des Zusammenschlusses auf die Unterstüßungsrichtungen des Sortiererverbandes größte Rücksicht genommen werden mußte, war erklärlich und erforderlich, wenn man nach Möglichkeit alles beseitigen wollte, was einer Einigung hindernd im Wege stand. So sind ja namentlich die höheren Klassen aus dieser Rücksicht auf die Sortiererkollegen wieder eingeführt worden, deshalb sind die drei Tage Karrenzeit bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung gefallen und noch manches andere. Trotz großer Bedenken haben die Verbandsfunktionäre sich entschlossen, die Unterstüßungsrichtungen so auszubauen, wie sie in unserm gegenwärtigen Statut sind. Freilich, und das wollen wir ausdrücklich betonen, nicht allein aus Rücksicht auf die Sortierer und Belleber, sondern auch, weil man glaubte, daß die Zigarrenindustrie, wenn sie auch keinen großen Aufschwung nehmen würde, so doch sich in etwas wieder von den Schlägen der Steuerbelastung erholen und ihren ruhigen Fortgang nehmen würde. War doch im allgemeinen keine schlechte Konjunktur zu verzeichnen, wie sich ja aus den Berichten aller Handelskammern und den Geschäftsberichten der großen Gesellschaften ergab. Aus diesen Gründen konnte man auch mit einigem Recht auf eine ruhige Weiterentwicklung der Tabakindustrie rechnen.

In normalen Zeiten haben wir mit einer Arbeitslosigkeit der Zigarrenmacher in kaum nennenswerter Weise zu rechnen gehabt, wenigstens nicht in einer Weise, daß dadurch unsere Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung berührt würden. Bei den Sortierern lag es ja immer etwas anders, sie hatten namentlich im Hochsommer immer mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen, deshalb auch ihre recht weitgehenden diesbezüglichen Unterstüßungseinrichtungen. Aber bei der verhältnismäßig kleinen Zahl der Sortierer brauchte der Tabakarbeiter-Verband nicht gar zu sehr an den Unterstüßungseinrichtungen des Sortiererverbandes zu rütteln, und tat es auch nicht, um der Einigung nicht Hindernisse in den Weg zu legen. Bei der Beratung des Statuts konnte man auf Grund der bisherigen Erfahrung wohl sagen: was wir jetzt aufbauen, wird schon Bestand haben. Sind diese Voraussetzungen nun aber eingetreten? Da müssen wir allerdings runderaus erklären: Nein. Die Entwicklung der Dinge hat einen ganz andern Verlauf genommen, und zwar einem für die Kollegen-Schaft recht unglücklichen. Natürlich hören wir schon die Augen Leute reden, die das alles schon längst vorher gewußt haben wollen, die aber merkwürdigerweise vorher, zur rechten Zeit, niemals etwas sagen, die aber hinterher mit ihrer Weisheit auf den Markt kommen.

Unteruchen wir doch einmal, wie es kommt, und welche Ursache es hat, daß es so ganz anders gekommen ist, wie wir erwarteten. Zunächst kommt da natürlich die große ungünstige Wirkung in Betracht, welche die unglücklichste aller Steuern, die Reichsteuer, auf die Tabakindustrie ausgeübt hat. Freilich, diese Wirkung kannten wir bereits 1911, aber daß sie nicht allmählich doch in etwas wieder aufgehoben wäre und der Konsum an Zigarren sich wieder gesteigert hätte, wenn nicht noch andere Dinge sich bemerkbar gemacht hätten, mer möchte das bezweifeln? Die bedeutende Steigerung der Tabakpreise und damit auch des Wertpapiers, die von einzelnen Fabrikanten durchgeführte Verfeinerung der Fassons der Zigarren und Verschlechterung der Qualität, verbunden zum Teil mit Erhöhung der Preise, ist ohne Zweifel auch mit Schuld an dem Rückgang des Zigarrenkonsums und damit an der ungeheuren Arbeitslosigkeit und dem niedrigen Verdienst der Kollegen. Das freilich konnte man vielleicht auch bis zu einem gewissen Grade voraussehen, wenn man auch dabei wieder mit einigem Recht auf einen allmählichen Aufstiege zählen konnte.

Nicht bestimmt voraussehen konnte man aber den gewaltigen Aufschwung der Zigarettenindustrie und die immer mehr steigende Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse, die beide den Zigarrenkonsum in ungeheurer Weise engeren.

Die Zigarette ist so recht ein Kind unserer schnelllebigen, hastenden, nervösen Zeit. Der Genuß einer Zigarette erfordert eine gewisse behagliche Ruhe, aber das Raucheropfer kann bei der Zigarette so nebenbei, gelegentlich, in aller Schnelle gebracht werden. Dazu kommt die maschinenmäßige Massenherstellung und die ungeheure Reklame, die dem Zigarettenkonsum so förderlich sind.

Am meisten wird sicher der Zigarrenkonsum beeinträchtigt durch die furchtbaren, immer noch stetig steigenden Preiserhöhungen der notwendigsten Lebensmittel und der sonstigen Lebensbedürfnisse, die wir unserm glorreichen Land-, Wasser- und Luftmilitarismus verdanken.

Alle diese Ursachen haben es hervorgerufen, daß wir, nach einem kurzen Aufschwung am Anfang des Jahres 1912, nach Beendigung der westfälischen Ausperrung, mit einer so beispiellos dastehenden Arbeitslosigkeit unter den Zigarrenmachern zu rechnen hatten. Natürlich verteilte sich diese nicht gleichmäßig über ganz Deutschland.

War so die Arbeitslosigkeit unter den Zigarrenmachern bisher abnorm groß, um so viel mehr zeigte sich dies noch bei den Sortiererkollegen. Ueberhaupt werden von den Schädigungen, welche die Tabaksteuer und die sonstigen Einflüsse auf die Entwicklung der Industrie ausüben, die Sortierer verhältnismäßig noch härter betroffen, als die Zigarrenmacher. Denn es ist durch Vereinfachung des Sortimentes, sogenante Schutzpackungen in großen Risten und ähnliches, dem Sortierer ein großer Teil seiner früheren Arbeit genommen worden. Dann ist aber nicht allein die Zahl der arbeitslosen Sortierer und Belleber sehr hoch ge-

wesen, sondern die Arbeitslosigkeit hat sich in ihrer Dauer gegenüber den Zigarrenmachern als viel anhaltender gezeigt. Wurden irgendwo Sortierer erst entlassen, dann mußten sie sich meistens auf eine monatlange, ja zum Teil jahrelange Arbeitslosigkeit gefaßt machen. Unter diesen Verhältnissen sind natürlich eine ganze Anzahl von Kollegen vom Gewerbe abgegangen, sie haben versucht, in anderen Branchen Unterschlupf zu finden, aber der größte Teil der arbeitslos Gemordenen mußte sich wohl oder übel, mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe, mit der Arbeitslosenunterstützung mehr schlecht als recht durchschlagen. Daß bei so ungemeiner Arbeitslosigkeit auch die Ansprüche an die Krankenunterstützung gewaltig steigen, versteht sich für jeden denkenden Menschen von selbst.

Legen wir uns nun die Frage vor, ob der Tabakarbeiter-Verband den Sortierern und Wellebern gegenüber seinen übernommenen Verpflichtungen nachgekommen ist, so muß diese Frage von jedem gerecht denkenden Kollegen bejaht werden. Daß für die Folge allerdings andere Verhältnisse eintreten müssen, wenn wir den Verband zu dem machen wollen, was er eigentlich sein soll, zu einer Kampforganisation zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, und ihn nicht ausschließlich als eine Versicherung betrachten wollen, sollte für jeden Kollegen klar und ohne Frage sein.

Um einmal festzustellen, inwieweit die Sortierer-Kollegen an der Arbeitslosigkeit und demzufolge an den Unterstützungsanstalten des Verbandes seit der Vereinigung beteiligt waren, haben wir eine Umfrage gehalten in den Zahlstellen, wo hauptsächlich Sortierer in Frage kamen. Dabei stellte sich heraus, daß in 26 Orten, aus denen wir Antworten erhielten, und in denen 1864 männliche und 781 weibliche Sortierer- bzw. Beklebermitglieder vorhanden waren, 991 männliche und 372 weibliche Mitglieder Unterstützungen erhielten, das sind 56 vom Hundert. An Arbeitslosenunterstützung erhielten die männlichen 29 562,60 M., die weiblichen Mitglieder 5689,80 M. in den drei Quartalen, seit der Zusammenschluß erfolgte. Das macht zusammen eine Ausgabe an die Sortierer-Kollegen an Arbeitslosenunterstützung die Summe von 35 252,40 Mark; das ist fast doppelt so viel als die Summe betrug, die als Verband des Sortiererverbandes beim Zusammenschluß an den Tabakarbeiter-Verband abgeführt werden konnte; der Bestand betrug nämlich nur 18 242,71 M. Zu der Arbeitslosenunterstützung kommen nun aber noch hinzu die Ausgaben für Krankenunterstützung an männliche Mitglieder in Höhe von 8600,15 M. und an weibliche 4036,65 M.; Fahrgehalt und Umzugsunterstützung 905 M., sowie Streik- bzw. Gemäßregelunterstützung an männliche Mitglieder 3364,35 M. und an weibliche 255,25 M. Das macht zusammen in den drei Quartalen eine Ausgabe von 52 413,80 M.

Es liegt uns natürlich ganz fern, hieraus den Sortierer-Kollegen irgendeinen Vorwurf zu machen. Im Gegenteil, wir haben ja oben schon versucht, die Ursachen nachzulegen, aus welchen heraus namentlich die Sortierer-Kollegen in dieses Elend gekommen sind. Wir wollten nur der Meinung, die sich hier und dort geltend machte, entgegenzutreten, als ob der Tabakarbeiter-Verband beim Zusammenschluß noch einen glänzenden finanziellen Erfolg gehabt hätte. Gewiß haben ja auch die Sortierer während dieser drei Quartale Beiträge gezahlt, aber die oben erwähnte Gesamtausgabe ist auch noch höher, weil wir eben im Moment nicht die genauen Zahlen feststellen können; niedriger ist der Betrag aber auf keinen Fall.

Als Resultat dieser Betrachtungen dürfen wir wohl feststellen, daß durch die Arbeitslosigkeit namentlich unsere Sortierer-Kollegen betroffen sind, daß sie aber jetzt im Tabakarbeiter-Verband in hohem Maße Unterstützung gefunden haben, die der Sortiererverband nach den Opfern der wehrfähigen Aussperrung kaum hätte tragen können, ohne sich auf Jahre hinaus zu völliger Unfähigkeit zu verurteilen. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, heran an die gemeinsame Arbeit für den Gesamtverband. C. A.

Weitere Verschlechterung der Lage der Tabakarbeiter.

Zu Nr. 18 des Tabakarbeiter berichteten wir über die Geschäftslage in der westfälisch-lippischen Zigarrenindustrie. Wir mußten feststellen, daß die Arbeitslosigkeit sowie die Arbeitseinschränkungen in dem genannten Bezirk darauf hinliefen, daß von traurigen Verhältnissen gesprochen werden konnte. Wir erwähnten, daß allem Anschein nach sich diese traurigen Zustände des ersten Viertels in diesem Jahre in den folgenden Monaten noch verschlechtern werden würden. Heute müssen wir feststellen, daß unsere Vermutungen von den Tatsachen weit übertroffen worden sind. Nach den neueren Feststellungen unserer Verfolger Gauleitung sind in dem Monat April Entlassungen, Feierschichten und sonstige Arbeitseinschränkungen in einem Maße in die Erscheinung getreten, wie das selbst kurz nach der Tabaksteuer von 1909 nicht der Fall gewesen ist.

Aus diesen Feststellungen ergab sich, daß in den meisten Orten, in welchen schon im ersten Quartal dieses Jahres die Arbeitslosigkeit in bedeutender Weise um sich griff, auch im Monat April diese weiter zugenommen hat. Es mußten 1282 Arbeiter 14 057 Tage feiern. 2150 Arbeiter arbeiteten mit Arbeitseinschränkungen bis zu 50 Prozent. 206 Arbeiter wurden wegen Arbeitsmangel ganz entlassen. Im westfälisch-lippischen Bezirk wurden allein in 24 Zahlstellen, vorwiegend im Kreise Verford und Minden, die hohe Summe von 7026,70 M. an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt.

Welch gewaltiger Lohnverlust den armen Tabakarbeitern durch diese unglücklichen Zustände entstehen, ist kaum zu ermessen. Es kommt hinzu, daß in einer Reihe von Orten, welche in obiger Statistik nicht ergriffen sind, die Arbeitsentwässerungen in melleicht noch höherer

Hunderte von Zigarrenarbeitern aus der Industrie ausgehoben sind und Arbeit gefunden haben beim Kanalbau im Kreise Lübbecke, bei den Bahnhofsumbauten an der Eisenbahnstrecke Böhne-Minden, andere Hunderte von Arbeitern, insbesondere aus Lippe und Waldeck, auf Ziegeleien gegangen sind, müssen trotzdem noch immer über 2000 Arbeiter bei Stückzahl arbeiten, irren noch Hunderte von Zigarrenarbeitern umher und sind auf vergeblicher Suche nach Arbeit, nach Verdienst, welcher doch so notwendig ist für den Lebensunterhalt bei in den meisten Fällen starren Tabakarbeiterfamilien. Welches Elend aus diesen Zahlen spricht, läßt sich nur ermessen, wenn man die an sich schon traurige wirtschaftliche Lage der westfälisch-lippischen Tabakarbeiter kennt.

Drängt sich nun aber bei solchen unwürdigen Zuständen nicht allen Arbeitern, allen Kollegen und Kolleginnen die Frage auf: Hier muß Wandel geschaffen werden? Zunächst ist es Aufgabe der Tabakarbeiter, dahin zu wirken, daß die Tabakindustrie durch eine derartig widerstrenge Steuer, wie die von 1909, nicht noch weiter ruiniert wird; ja, daß die Industrie vor jeder weiteren Ruinierung durch Steuerpläne usw. gewahrt bleibt. Das kann aber nur erreicht werden, wenn alle Tabakarbeiter auf dem Posten und bestrebt sind, durch die Stärkung der Arbeiterbewegung noch größeres Unheil von den armen Arbeitern abzuwenden. Den Mitgliedern unseres Verbandes aber muß es jetzt zum Bewußtsein kommen, daß es ihre Pflicht ist, ihre gewerkschaftliche Organisation, den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, finanziell so zu stärken, daß er allen Aufgaben, welche zu erfüllen sind, auch gewachsen ist. Die Tabakarbeiter müssen zum Ausdruck bringen, daß sie in ihrer großen Mehrheit gewillt sind, in ihrer Lebenshaltung nicht noch mehr zu bedrücken zu werden, sondern daß die Schäden, welche ihnen die Folgen der Tabaksteuer und die überall bekannten schlechten Lohnverhältnisse gebracht haben, ausgeglichen werden müssen durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, durch Lohn erhöhungen. Es tritt an die Mitglieder die Pflicht heran, möglichst bald einmütig zu bekräften, daß es der ernste Wille aller ist, ihre Organisation noch mehr in die Lage zu versetzen, den gerechten Forderungen der Kollegschaft auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage auch Rechnung tragen zu können. Diesen Willen können die Tabakarbeiter auf dem diesjährigen Verbandstage zum Ausdruck bringen, indem sie den Kampfcharakter des Verbandes immer mehr in den Vordergrund rücken, sei es selbst auf Kosten unserer anderen Unterstützungsanstalten. Diesen Willen zur Tat werden die Kollegen einmütig bekräften müssen, wenn sie nicht gewillt sind, sich ins Sklavenjoch zurückdrängen zu lassen. Sorgen wir aber auch für weitere Ausbreitung des Organisationsgedankens und bringen wir durch die Auffklärung die noch unorganisierten Tabakarbeiter zu dem Bewußtsein, daß sie sich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anschließen müssen, daß sie zur Stärkung der Macht der Arbeiterchaft gegenüber den arbeitgeberlichen Bestrebungen des Kapitalismus beitragen helfen.

Aus der Wolfs-Schlucht.

Thüringen ist gewiß ein schönes Land und hat eine brave Bevölkerung, die leider in meist traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt. Da aber unsere Zigarrenfabrikanten einen kapitalistisch-potenziierten Spürsinn haben, wissen sie, menschenfreundlich wie sie nun einmal sind, sehr bald solche Gegenden mit armer Bevölkerung ausfindig zu machen, um diese dann mit ihrem industriellen Segen zu beglücken. Daß unsere Fabrikanten es nicht verstanden, ihre Wohlthäterrolle in das rechte Licht zu rücken, wollen wir ihnen nicht nachsagen; können sie doch auch eine Menge Zeugnisse, als da sind Neben von Ortsgewaltigen, Landräten, Geistlichen und sonstigen Honoratioren, beibringen, die alle von der Güte, übergroßen Humanität und Opferfreudigkeit der vielen Herren Unternehmer hudebn. Wo wahre Prachtexemplare gibt es unter unsern Tabakarindustriellen. Natürlich gibt es auch noch Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht nur für ein Ei und Butterbrot, sondern auch, wenn sie gelegentlich einmal für ihre ersparten Groschen mit den Fabrikanten in höchst eigener Person eine Ausfahrt machen, oder sich bei einem spendierten Fäßchen mit obligatem Tanzchen alleruntertänigst Lustig zeigen dürfen, in das jubelnde Hoch auf den modernen Messias einstimmen. Diese Menschen sind noch naiv genug, um die Schale für den Kern zu nehmen und sich mit klingenden Neben betören zu lassen. Glücklicherweise werden ihrer immer weniger, auch in der Wolfs-Schlucht.

In dem Kreise Schmalkalden, einer Ecke des Thüringer Landes, hat die Hamburger Firma L. Wolf sich einige Orte zur Zigarrenfabrikation auserkoren, natürlich nicht wegen der schönen Gegend, sondern wegen der billigen Löhne. Auch diese Firma ist oft genug in dieser Gegend als Wohlthäter der Menschheit gefeiert worden. Sie hat aber bei all ihren „Wohlthaten“ ein schweres Geschäft gemacht. Kein Wunder, wenn man für denkbar billige Löhne Hamburger Arbeit verlangt. Doch die Firma war nun einmal von Hamburg in jene abgelegene Gegend gezogen, hatte sich dort Arbeiter und Arbeiterinnen angelesen und glaubte, wie der Wolf in seiner Schlucht, ungeführt hausen zu können. Leider mußte auch die Firma Wolf ster erfahren, daß der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Zunächst waren es hier und da die „verheuten“ Arbeiter, die allen Respekt verloren und sich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande verlorren und sich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande angeschlossen und am Ende gar der Firma mit Lohnforderungen und ähnlichen Geschichten in den Ohren lagen. Alle Ursache für den Ehe und seine Streuten selbstverständlich recht empört über die Undankbaren zu sein. Aber auch der Kapitalismus hat seine eigenen Kinder nicht, und so kamen andere Fabrikanten und jagten die Firma Wolf in ihre Schlucht auf; denn wo billige Löhne in der

solcher Art Wohlthäter der armen Arbeiter und Arbeiterinnen ein. So auch hier. Selbst wenn die andern aus Liebe zur gewohnten Konkurrenz ein paar Pfennige mehr Lohn zahlen sollten, was machts! Es wird ja immer noch genug dabei verdient.

Wir haben seinerzeit berichtet, daß der Redakteur Kilian des „Casseler Volksblattes“ wegen Beleidigung des Herrn Wolf zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. Gegen das Urteil hatten der Angeklagte und der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Am 15. Mai wurde vor der Strafkammer des Landgerichts Cassel über die Berufung verhandelt. Der Angeklagte wurde wieder für schuldig befunden und unter Verweigerung der Anwendung des § 193 Str.-G.-B. (Wahrung berechtigter Interessen) nunmehr zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Juristisch erscheint uns das Urteil selbst, doch wollen wir uns hier mit dieser Seite der Angelegenheit nicht beschäftigen, sondern nach dem Prozeßbericht das „Casseler Volksblatt“ die Sache vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte betrachten.

Das „Volksblatt“ hatte einen Artikel mit der Ueberschrift „Pfiu Teufel“ gebracht, in dem dargestellt wurde, wie ein Meister bei der Firma Wolf austrat, weil er es nicht über sich gewinnen konnte, zu tun, was seine Arbeitgeber von ihm verlangten: seine Arbeiter unter Lohn- und Arbeitsverhältnissen schaffen zu lassen, die halbwegs vernünftigen Ansprüchen nicht genügten. Der betreffende Meister zog eine andere Firma nach Klein-Schmalkalden und ein großer Teil der Wolf'schen Arbeiter zog nun unter bedeutend besseren Löhnen in diesen Betrieb ein. Einem guten Tages prangten an den Straßenecken Klein-Schmalkaldens Zettel, auf denen in nichtswürdiger Art die Ehre des betreffenden Meisters heruntergerissen wurde. Wer die Zettel veranlaßt und angefertigt hat, ist heute noch nicht aufgeklärt. Das „Casseler Volksblatt“, das von den Arbeitern der dortigen Gegend viel gelesen wird, geißelte diese Frechheit und kam dabei auch der Firma Wolf zu nahe und nunmehr die Verurteilung des Redakteurs in zweiter Instanz zu 100 M.

In dem „Volksblatt“-Artikel, der der Anklage zugrunde lag, wurde nun behauptet, daß die Arbeitslöhne bei der Firma Wolf in Klein-Schmalkalden recht traurige waren, so daß die erwachsenen männlichen Zigarrenarbeiter im Jahre 1912 Wochenlöhne von 14 bis 16 M. verdienten, bei angestrengtester Arbeit. Das Rohmaterial war sehr schlecht. Außerdem hatte die Firma der Arbeiterschaft ein neues Arbeitssystem aufgezwungen, durch welches der Verdienst wöchentlich um mehrere Mark erniedrigt wurde. Der Verteidiger der Angeklagten beantragte u. a. die Vernehmung des Bürgermeisters von Klein-Schmalkalden darüber, daß die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Wolf schlecht seien und daß in dem neuen Betrieb die Lage der Tabakarbeiter eine wesentliche bessere sei. Wurden doch im neuen Betrieb Wochenlöhne von 22 bis hinauf zu 28 M. erzielt. Das Gericht lehnte leider diese Beweisführung ab, nahm aber ohne weiteres die schlechten Arbeitsverhältnisse bei Wolf als wahr an.

Der Verteidiger des Angeklagten sagte in Bezug auf die Verhältnisse bei Wolf: „Die Arbeitsverhältnisse in den Zigarrenfabriken von Wolf sind außerordentlich schlecht, das wird ja nicht bestritten, weil in Lohn Tabellen niedergelegte Zahlen nicht bestritten werden können. Die Arbeiter, zum Teil Familienväter, verdienen erst 18 bis 20 M. und wurden gerade zu jener Zeit im Verdienst auf 14 bis 16 M. herabgedrückt, obgleich die Lebenshaltung sich fortgesetzt verteuerte. Nun findet sich in Klein-Schmalkalden ein Mann, der gute Stellung und sichere Zukunft im Stütz läßt aus: Mitgefühl für seine Arbeiter; er bringt unter großen Anstrengungen eine Konkurrenzfirma dorthin, die höhere Löhne, bis zu 28 M. hinauf, zahlt. Die ganze Gemeinde ist ihm dankbar, und nun kommt der wirklich unerhörte Streich des Platananklebens.“

Das Gericht erklärte in seinem Urteil, daß der Angeklagte mit den scharfen inkriminierenden Worten das Zettelanfkleben wohl treffend charakterisiert habe, er durfte aber nicht in dem gleichen Artikel auf die Arbeitsverhältnisse der Firma Wolf eingehen; denn dadurch sei bei den Lesern des Blattes die Meinung erweckt, als sei die Firma Wolf an dem Zettelanfkleben beteiligt gewesen. Der § 193 Str.-G.-B. könne keine Anwendung finden, da der Angeklagte nicht in bestimmtem Auftrage der beteiligten Arbeiter gehandelt habe.

Uns sind natürlich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Firma L. Wolf keineswegs unbekannt, aber es ist doch gut, daß nunmehr gerichtlich die Unzulänglichkeit derselben anerkannt worden ist. Bemerkenswert ist auch, daß dem betreffenden Meister allerlei Hindernisse in den Weg traten, als er eine neue Firma nach Klein-Schmalkalden zu ziehen beabsichtigte, die dann natürlich auf Wolf'sche Arbeiter reflektieren mußte. Die Monopolstellung der Firma Wolf war damit natürlich durchbrochen. Wenn auch nicht bewiesen ist, daß die Firma Wolf in irgend einer Beziehung zur Verunglimpfung des Meisters durch das Zettelanfkleben steht, so mag sie doch über die Störung der andern Firma durch höhere Arbeitslöhne recht ungehalten gewesen sein.

Für die Arbeiter und Arbeiterinnen bleibt nur die eine Lehre übrig: sich unter allen Umständen dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande anzuschließen. Wir wissen, im Augenblick nicht, ob die neue Firma sich noch an dem Orte befindet, aber wenn das auch der Fall ist, so sind derartige Gelegenheiten zur Lohnverbesserung doch reine Zufälligkeiten. Wenn es nun eines Tages der Firma einfallt, mit Wolf gegen die Arbeiter Front zu machen und die Löhne herabzusetzen? Das wäre nichts neues. Oder wenn die Firma wieder forziert? Wäre auch nichts neues. Und wie es in Klein-Schmalkalden geht und gehen kann, so geht häufig genug auch an anderen Orten. Die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen gehören in den Verband, um mit Hilfe der Gesamtheit ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern! Dann brauchen sie auch nicht darauf zu warten, ob zufällig eine andere Firma den Druck unter dem sie stehen, etwas erleichtert. Durch eigene Kraft! Das sei die Parole.

häftiger Millionen ins Ausland geben, sei es, daß dadurch der deutschen Erzeugnisse der Absatz unterbunden wird, oder daß sie den fremden Staaten die Mittel liefern zum Krieg gegen die Nachbarvölker, vielleicht gar gegen Deutschland. Es ist auch viel schlimmer natürlich, als wenn unsere deutschen Industriellen und Junker ihre Ware im Lande zu Wucherpreisen verkaufen und sie dem Ausland, zum Teil mit Hilfe der Gefährdung (Hölle, Liebesgaben) zu billigen Preisen anbieten. Zwar haben die Arbeiter die schwersten Steuerlasten zu tragen und Junker und Industrielle füllen sich die Taschen davon und drücken sich oft noch vor ihren paar lumpigen Mark Einkommensteuer, aber wenn diese armen Teufel noch ausländische Arbeiterkämpfe unterstützen, dann können die sauer verdienten Groschen noch ruhig geknappt werden. Es geht doch über die Fußschnur, wenn diese Gesellschaft sich noch anmaßen will, über die paar Pfennige der Arbeiter zu verfügen und non mißbräuchlicher Verwendung der Arbeitergroßchen reden will. Und was speziell den deutschen Tabakarbeiterverband angeht, so wird er mit freubigem Einverständnis seiner Mitglieder auch ausländischen Tabakarbeitern im Kampf gegen die Unternehmer helfen, als auch ihm in solchen Fällen gern geholfen wird. Den Goldschreibern des Reichsverbandes und verwandten Seelen ärgert eben die Solibartität der Arbeiter.

Zum Kampf der dänischen Tabakarbeiter. In voriger Nummer des Tabakarbeiter ist bereits unter „Bewegungen im Beruf“ mitgeteilt worden, daß sich unsere dänischen Kollegen und Kolleginnen, etwa 4000 an der Zahl, im Streit befinden. Mit der Fabrik Hirschsprung in Kopenhagen, die rund 600 Personen beschäftigt, hat der Verband eine Einigung erzielt, so daß dort die Arbeit gar nicht erst eingestellt wurde. Es wird nun gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen dem Verband der Tabakarbeiter und dem Verein der Fabrikanten so weit fortgeschritten sind, daß eine baldige Beendigung des Streiks in naher Aussicht steht. Am Mittwoch, dem 21. Mai, vormittags 11 Uhr begannen die Beratungen über die allgemeinen Bestimmungen des neuen Tarifs und wurden nach 22stündiger Beratung am anderen Morgen mit der Annahme der von den Arbeitern gestellten Forderungen beendet. Mit 66 Fabrikanten, die vom Streit betroffen sind, sollen noch Einzelverhandlungen über Detailfragen stattfinden. Mit der größten Fabrik des Landes, Obel in Aalborg, die 1300—1400 Arbeiter beschäftigt, ist die Einigung perfekt, so daß also zusammen mit den Hirschsprung'schen Arbeitern rund 2000 Arbeiter die neuen Bedingungen erreicht haben. Unter den allgemeinen Bestimmungen wurden festgelegt: Eine Krone (1 Krone = 1,12 M) für Handarbeit pro 1000 Stück über den bisherigen Lohn, so daß der Minimallohn 17 Kronen beträgt. Für Jurichter wird mindestens 1 Dene (100 Dene = 1 Krone) mehr pro Pfund bezahlt. Die weiblichen Arbeiter im festen Lohn erhalten 1 Krone pro Woche mehr. Für alle Arbeiter im festen Lohn werden Feiertage bezahlt, ebenso wird der Sonnabend, an dem früher Geschäftsstillstand ist, voll bezahlt. Für Ueberstundenarbeit erhalten die im gewissen Gelde lebenden Arbeiter 50 Prozent Zuschlag. Die Zigarilloarbeiter erhalten 50 Dene pro Tausend Stück mehr; sind die Zigarillo länger als 95 mm, so beträgt die Zulage 1 Krone. Den Arbeitern wird seitens der Fabrik ein Voto gestellt, der zu den Pausen Schwaren usw. heranzuholen kann. Ueber die Regelung und Bezahlung der Formarbeit ist noch keine Einigung erzielt, diese sollen in den Spezialverhandlungen mit jeder einzelnen Fabrik selbständig getroffen werden. Erst wenn die Verhandlungen mit allen Fabriken beendet sind, soll die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Bewegungen im Beruf.

Kopenhagen. Die eingeleitete Lohnbewegung in der dänischen Zigarrenindustrie führte zur Arbeitseinstellung. Seit dem 13. Mai befinden sich 4200 Mann im Streik. Vor Bezug von Zigarrenarbeitern und Zigarrensortierern nach Dänemark wird streng gewarnt.

Amsterdam. Die Aussperrung in der holländischen Zigarrenindustrie wurde nach einem Berichte in der Arbeiterpresse mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet.

Zemel u. Neentirchen. Die Bewegung bei den Firmen A. H. Lehmann und H. Feinze ist beendet. Beide Firmen erhöhten den Minimallohn von 8 auf 9 M pro Mille.

Grevenmühl (Westf.). Infolge der hohen Preise für Lebensmittel erhöhte die Firma L. u. G. Panzer die Löhne der Zigarrenmacher. Die gemachten Lohnzulagen betragen 1 M pro Mille bei drei Sorten. Nach eingereicherter Forderung sah sich auch die Firma L. W. u. L. gezwungen, die Löhne aufzubessern. Die Lohnzulagen bei dieser Firma betragen bei zwei Sorten 50 S, bei zwei Sorten 1 M und bei einer Sorte 2 M pro Mille.

Münden (Prov. Hann.). Nach eingeleiteter Bewegung bei der Firma Fischer & Herwich (Kantabafabrik) erklärte diese sich bereit, die Löhne der Vorlegerinnen aufzubessern. Die Anfangslöhne betragen nunmehr für Vorlegerinnen unter 16 Jahren 13 S pro Stunde und steigen bis zum 16. Lebensjahre bis 18 S pro Stunde. Die Anfangslöhne für Vorlegerinnen über 16 Jahre betragen dagegen 14 S pro Stunde und steigen innerhalb 3 Monaten bis 18 S pro Stunde.

Hamburg. Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der Bezug nach Hamburg und Umgegend fernzuhalten.

Die Aussperrung in der holländischen Zigarrenindustrie konnte am 20. Mai nach genau dreimonatlicher Dauer mit einem glänzenden Sieg der Gewerkschaft beendet werden. Die Lohnforderungen, wie die Arbeiter sie bei den Konferenzen am 3. Mai stellten, und die die Unternehmer damals ablehnten, sind jetzt vollständig bewilligt. Die Streiks in Rotterdam, Dordrecht und Gorinchem, die den Anlaß zur Generalausperrung gaben, sind jetzt ebenfalls beendet, nachdem sie 17 Wochen gedauert hatten. Die Aussperrung, die sämtliche organisierten Arbeiter außerhalb der zwei südlichen katholischen Provinzen umfaßte, hat an Unterstützungsgeldern fast 300 000 Gulden (eine halbe Million Mark) gekostet, für holländische Verhältnisse eine sehr beträchtliche Summe, die die Opferwilligkeit der ganzen Arbeitererschaft beanspruchte. Diese scharfe Probe hat glänzend die in den letzten Jahren stark gestiegene Kampfbereitschaft der holländischen Gewerkschaftsbewegung bewiesen. Der „Südb. Tabakzeitung“ wird aus Amsterdam geschrieben:

Habermühle haben Arbeitgeber und -nehmer mit unerwarteter Flexibilität Frieden geschlossen. Von heute ab ist in der holländischen Zigarrenindustrie allgemein die Arbeit wieder aufgenommen. Die Wachtprobe der Arbeitgeber ist eigentlich mißglückt, die Massenausperrung war ein Schlag ins Wasser. Die Arbeitnehmer haben ihren Hauptzweck, eine Lohnaufbesserung erreicht, gegen welche die Arbeitgeber sich grundsätzlich aber überhaupt nicht widerstehen konnten. Beide Seiten sind durch monatelangen Kampf empfindlich geschädigt, ohne gegenseitige Scharfmacherei wäre das bessere Resultat sicher auch auf friedlichem Wege erreichbar gewesen. Beide Parteien werden sich diese Lehre sehr zu Herzen nehmen.

Na, wir meinen, daß die Arbeiter oft genug die Hand zum Frieden geboten haben. Schon daß von einem Mißglücken geredet wird, beweist doch, daß die Fabrikanten mehr bewilligen mußten, als ihre Wacht war. Wir können noch auf den Kampf zurück.

Annahme des Geschäftsbetriebes der „Volksfürsorge“.

Unsere Freunde teilen mir hierdurch mit, daß die Annahme zur Eintragung der „Volksfürsorge“, Gewerkschaftlich-gesellschaftliche Versicherungsgesellschaft, in das Handelsregister in Hamburg, am 17. Mai erfolgt ist. Die Aufnahme des Geschäftsbetriebes, d. h. die Erhebung von Prämien für abgeschlossene Versicherungen wird in allen Orten, in welchen durch die örtlichen Instanzen, das Gewerkschaftsamt und die Verwaltung des Konsumvereins, die nach dem Organisationsplan notwendigen Vorbereitungen getroffen worden sind, am 1. Juli erfolgen.

Die Werbearbeit für die „Volksfürsorge“ dagegen beginnt schon im Monat Juni mit der Verbreitung eines vom Vorstande der „Volksfürsorge“ herausgegebenen Flugblatts und der Prospekte über die Versicherungsarten von Haus zu Haus durch die am Orte bestellten Vertrauenspersonen. Diese haben die Pflicht, nach der Verbreitung des Flugblattes überall nachzufragen, ob der Abschluß einer Versicherung für irgend ein Mitglied der Familie, Mann, Frau oder Kinder gewünscht wird. Die Vertrauensleute erhalten durch die örtlichen Rechnungsführer Bücher, in welchen sämtliche Tarife der „Volksfürsorge“ abgedruckt sind, um an Hand derselben jedem Versicherungsnehmer die gewünschte Auskunft geben zu können, außerdem Antragsformulare und Quittungsbücher für das zu erhebende Eintrittsgeld.

Nur den Vertrauensleuten der „Volksfürsorge“ wird deren Aufnahmestempel verabfolgt; die Quittungen für das bei der Antragstellung zu entrichtende Eintrittsgeld von 1 M tragen die Unterschriften der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder.

Wir ersuchen nunmehr, den Aufbau der Organisation in allen Orten, in welchen dies nicht bereits geschehen ist, zu beschleunigen und dafür Sorge zu tragen, daß die systematische Werbearbeit in Angriff genommen werden kann. Die bestellten Rechnungsführer wollen uns sofort über die Anzahl der für ihren Bezirk erforderlichen Flugblätter und Prospekte Mitteilung machen.

Der Vorstand der „Volksfürsorge“
A. von Elm. Fr. Lesche.

Ansach. Am 25. April fand hier eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Die Lage in der deutschen Tabakindustrie, die Verschmelzung der deutschen Arbeitgeberverbände und die Notwendigkeit einer starken Kampforganisation. Als Referent war der Gauleiter Kollege Heising aus Karlsruhe erschienen. Derselbe schilderte in seinem einständigen Referat die traurige Lage der Tabakarbeiter, hervorgerufen durch die letzten steuerlichen Maßnahmen, und die Proftiger des Unternehmertums, die neuerdings ihre Fabriken in die entlegensten Winkel des Deutschen Reiches verlegen. Der Zusammenschluß der Unternehmerverbände erfordert ein besonderes Augenmerk; die Organisation muß in Zukunft mehr Kampfmittel zur Verfügung haben, wenn für die Kollegen und Kolleginnen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt werden sollen. Dies habe auch den Vorstand veranlaßt, dem § 9 des Statuts eine andere Auslegung zu geben und der kommende außerordentliche Verbandstag wird sicher eine Reorganisation der inneren Verbands-einrichtungen vornehmen. Nachstehende Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen: „Die heute am 25. April 1913 im Gasthaus drei König tagende Mitgliederversammlung hat nach der Ausführungen des Referenten, Kollegen Heising, die Ueberzeugung, daß infolge Umwälzung innerhalb der Tabakindustrie eine Reorganisation des Statuts notwendig ist. Die Versammlung erwartet vom Vorstand, der kommenden Generalversammlung ein Statut in Vorlage zu bringen und im Tabak-Arbeiter rechtzeitig zu veröffentlichen, daß für den Kampfscharakter des Verbandes und die damit verbundenen Aufgaben mehr Mittel referiert werden.“ Bei dieser Versammlung wäre ein noch besserer Besuch nötig gewesen, wenn auch ein großer Teil der Mitglieder anwesend war. Aber einzelne Kollegen und Kolleginnen glänzen bei jeder Versammlung mit Abwesenheit. Ueberhaupt legen in der letzten Zeit verschiedene Kollegen ein Verhalten an den Tag, das alles andere, nur nicht kollegial genannt werden kann. Wenn es diese noch länger so treiben, so werden wir gezwungen sein, einmal eine andere Sprache zu führen. Ober meinen die Kollegen, wenn sie auf dem Wege kriechen und andere verkaufen, wie es geschehen ist, dann haben sie sich das Wohlgefallen der Unternehmer erkauft? Wir meinen, ein ehrlieber Unternehmer denkt über derartige Handlungswiese genau so wie wir. Wenn wir also in Zukunft ernstgenommen werden wollen, müssen derartige Elemente ausgemerzt werden und die Kollegen müssen dorthin, wohin sie gehören.

Achtung, Sortierer!

Die Firma Schwering & Haffe in Süge bei Pyromont sucht nun schon seit Monaten fast ständig in Süddeutschland und auch in anderen teulgen Sortierer. Auf ihre Inserate sind denn auch schon eine ganze Reihe Sortiererkollegen dort in Arbeit getreten. Man spricht von 30 fremden Sortierern, welche dort in den letzten Monaten in Arbeit getreten sind und nach einigen Tagen resp. Wochen aber froh waren, den Lügger Staub wieder von den Fingern schütteln zu können. In Anbetracht der teuren Lebensverhältnisse in Süge können die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Sortierer bei der Firma Schwering & Haffe nur als ungenügend bezeichnet werden. Versuche, die Arbeiter zu organisieren, um mit Hilfe der Organisation dort bessere Verhältnisse zu schaffen, sind an dem Verhalten der Arbeiter und auch der Firma gescheitert. Wochenverdienste von 18 bis 20 M sind für fremde Sortierer, welche bei Schwering & Haffe anfangen, keine Seltenheit. Das wöchentliche Logisgeld beträgt in der Regel 13 bis 14 M. Daß sich bei diesen Verhältnissen fremde Kollegen nicht halten können, liegt klar auf der Hand. Insbesondere die Kollegen aus Süddeutschland, welche von der Firma in Metzelen, Schreien und dergl. eine gute und dauernde Arbeit versprochen erhielten, hätten dem Verband das Logisgeld sparen können, weil von vornherein feststeht, daß sich auswärtige Sortierer nur schlecht in die Lügger Verhältnisse zurechtfinden können, eben nicht erlernen können und nach kurzer Zeit wieder abreißen und dann ebenfalls Logisgeld von der Organisation beziehen müssen. Bei Arbeitsangeboten seitens der Firma Schwering & Haffe müssen sich die Kollegen ohne Ausnahme erst an die Gauleitung in Sersford wenden. Weitere Auskünfte kann auch von der Gauleitung Pyromont eingeholt werden, resp. von dem Sektionsleiter W. Hundertmark in Pyromont, Schilderstraße 29. Wir warnen nochmals alle Sortiererkollegen, auf alle Inserate seitens der Zigarrenfabrikanten ohne vorherige Erlaubigung Arbeit anzunehmen, will man sich vor Schaden und auch in gewissem Sinne die Organisation vor unnötigen Ausgaben bewahren.

Beilagen-Sinweis!

Deutschland besitzt sehr viele Heilquellen, welche alljährlich von Tausenden zur Wiederherstellung oder Präkung ihrer Gesundheit aufgesucht werden. Viele Kranke können aber nicht einen Kurort an Ursprungsort gebrauchen, sei es, daß sie zum Tragen der mit einer Reise verbundenen Strapazen zu schwach sind, sei es, daß ihnen für eine kostspielige Reise die Mittel fehlen, sei es, daß ihr Beruf ihnen die Unterbrechung ihrer Tätigkeit nicht gestattet. Es ist daher als sehr erfreulich die Tatsache zu begrüßen, daß im „Landscheider Stahlbrunnen“ die wirksamen Heilfaktoren in einem besonders günstigen Verhältnis gelöst sind, weshalb dieses eigenartige Eisenwasser — im Gegensatz zu fast allen ähnlichen Wässern — durch den Vorzug langdauernder Haltbarkeit sich auszeichnet und zu Hauskuren vorzüglich verwendet werden kann. Daher bezeichnete auch der bekannte Pharmakologe Geh. Medizinalrat Professor Dr. D. Stehrich, der über die medizinische Wirkung, den Gebrauch und die speziellen Anwendungen des „Landscheider Stahlbrunnen“ eine interessante Broschüre verfaßt hat, den „Landscheider Stahlbrunnen“ als ein Verdanwasser und einen Heilfaktor ersten Ranges, der es verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden.

Ueber diesen eigenartigen Stahlbrunnen, mit dem fortgesetzt große Kurefolge erzielt werden, enthält nähere Mitteilungen der unserer heutigen Nummer beiliegende Prospekt, den wir unseren Lesern zur besonderen Beachtung empfehlen.

LISTE ÜBER GEBRAUCHTE WICKELFORMEN **230** **ERHALTEN SIE KOSTENLOS DURCH L. COHN & CO. BERLIN 24 BRUNNENSTR. 24**

Hempfloss & Maak
Altona-Ottensen
Filiale Berlin N.,
Brunnenstraße 25. [25]

Drucksachen — aller Art besetzt schnell und billig —
Schmalzfeldt & Co., Bremen.

Jacob Hirsch jr.
Mannheim B 1, 9. [10]
Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Vorsand per Nachnahme. Ziel nach Ueberreinkunft bei Aufgabe von La. Referenzen.

Carl Roland, Berlin SO.
Rottbuscherstraße 4. [5]
Sumatra - Stückblatt
große 2. Blattlänge, sehr viel helle Farben enthaltend, blütenweißes Brand, vorteilhaft bedend, pro Pfund nur M. 2.—

Gelesen
Tabak-Arbeiter
bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Eingefandt.

Der Kollege Bernide, Frankfurt a. O., hält es für nötig, als Rädler der belebigen Vorstandswahl mich mit einer Strafpfeife zu bedenken. Er mag sich über meine laubere (soll natürlich heißen unfaubere) Schreibweise, welche er mit der Schreibweise eines Bürgerlichen, der gegen unsere Arbeiterbewegung ist, identifiziert. Nun, solche alten Kamellen ziehen bei mir nicht. Wer 30 bis 40 Jahre in der Arbeiterbewegung steht, Erfahrungen gesammelt, Beobachtungen gemacht und seine Konsequenzen daraus gezogen hat, dem können solche schon in Würdigung übergegangenen Schlagworte nicht mehr imponieren. Das ist was für Neulinge oder Halbgenialität für ältere Semester, welche den Rummel keinen, laugt das nicht. Da der Kollege Bernide den Ausdruck „Erantanten“ für besonders verbesserlich zu halten scheint, und da er offenbar über den Begriff desselben nicht im Klaren ist, will ich denselben kurz erläutern. Unter Erantanten verstehe ich Leute, welche sich in Verbandsangelegenheiten den Luxus einer eigenen Meinung nicht gestatten, welche mit dem Vorstand durch Dick und Dünn marschieren, welche den Vorstand mit ungeschärften Augen ansehen, wie die frommen Katholiken den heiligen Vater in Rom, und welche Andersgläubige, d. h. Leute, die Handlungen des Vorstandes kritisieren, anklagen, wie die Dorflieder die Handwerksburschen! Solche Spezies habe ich in einer genügenden Anzahl von Exemplaren sowohl in der Gewerkschaft als auch in der politischen Bewegung kennen gelernt, so daß ich von ihrem Vorhandensein überzeugt bin.

Nun komme ich zum Hauptpunkt der Bernide'schen Ausführungen. Nachdem er mich bereits halb abgewürgt hat, springt er plötzlich dem Vorstand an die Gurgel mit der Behauptung, daß er zwei große Dummheiten gemacht habe, die letztere dadurch, daß er Mitglieder in Punkte Unterstützung verschoben behandelt habe. Dem Kollegen Bernide scheint die Tragweite seiner Behauptung gar nicht klar zu sein, denn wenn seine Behauptung den Tatsachen entspricht, so ist das schon keine große Dummheit mehr, sondern eine habichtische Inkonsequenz und eine abgesehenliche Ungerechtfertigkeit. Solcher äußerst schweren Mißgriffe begibt sich der Vorstand und dabei will er mich wegen meiner solchen Anschuldigungen gegenüber harmlosen Versicherungen ans Kreuz schlagen. Und nun erklärt mir, Graf Derindur, diesen Jodelpakt der Natur. Das Seltsame bei der ganzen Geschichte ist nun, daß die Redaktion in ihrer Fühnote den Kollegen Bernide bedankt, quasi Lügen straft, so daß jetzt die Frage entsteht, wer von beiden Recht hat. Der Vorstand aber kann mit Recht sagen: Gott, schüß mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selbst schützen.

Was das Sozialistengesetz der Vergangenheit und ein etwaiges Sozialistengesetz der Zukunft mit meinem Eingefandt zu tun hat, das mögen die Götter wissen, ich weiß es nicht, und der Kollege Bernide selber jedenfalls auch nicht. Daß der Kollege Bernide mich mit den Zeheiden in einem Topf wirft, ist vollkommen überflüssig, denn das habe ich ja in meinem Eingefandt schon selbst besetzt. Auf alle Fälle sind mir die „hohen Häupter“ der Zeheiden lieber als rote Dudmäuser, Leisetreter und Zäbrüder; ich nehme sie auch ernsthafter als gebührende und unheimliche Konfusionsräte. Mein ernstes Gebot über die 600.-L-Spende sucht der Kollege Bernide dadurch niederzubrühen, daß er die Spende als eine Selbstverständlichkeit hinstellt, für die mir das Verständnis fehlt. Das nehme ich praktisch. Nach praktischer wäre es, wenn in das Statut ein Paragraph aufgenommen würde, laut welchem der Vorstand pensionieren und spendieren kann, wenn er es für gut befindet und nach welchem Mitglieder, welche dagegen opponieren, einfach hinausgeschmissen werden. Damit wäre diese Frage glatt gelöst.

Die verschiedenen Fragen und Apoptrophierungen des Kollegen Bernide, wie: „Hast du, hästest du, tätest du, würdest du, meinst du, weißt du, Kollege Schmidt, will ich summarisch dahin beantworten, daß es mir gar nicht einfallen kann, mit dem Kollegen Bernide Gerichtspräsident und Angeklagter, oder Schlichter und Kind, oder Klempners Karl und Handwerksbursche zu spielen; zu solchen kindlichen Umfängen muß er sich schon andere Köpfe ausdenken. Weit seiner Hypothese, daß ich auf einen Verbandsposten spekuliert habe und der sich daran schließenden, verblühten Behauptung, daß ich dazu zu dämlich sei, hat er sich ein paar Dinger abgeschnitten, die jeden rechtgläubigen Hund zum Heulen veranlassen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er mich gar nicht kennt. Mit solchen, im Dunkel absoluter Unwissenheit erzeugten, irrwitzigen Versuchen, für das alte französische Sprichwort: „Die Lächerlichkeit tätet“ zu demonstrieren, wird er höchstens bei der allergrößten Dummheit Erfolge erzielen können, und ich bin der Letzte, der ihn darum beneiden wird. Mehr hätte ich über die Philippika des Kollegen Bernide nicht zu sagen. Ueber den lebenswichtigen Kniff, welchen mir die Redaktion in ihrer Fühnote appliziert, will ich weiter keine Betrachtungen anstellen, da mich erstens so'n kleiner Kniff nicht aus dem Geleise bringt, und da ich zweitens meine Pappenheimer und ihre Vorliebe für die hunsynische Waise kenne. Ein jedes Tierchen hat sein Plätscherchen. Punkum, freu Sand drum rum.
G e e f f h a c h t a. d. G. l b c. G. S c h m i d t.

Berichte.

Stadtdenkmal. Am 19. Mai fand hier die erste Versammlung der hiesigen und Verzhäuser Tabakarbeiter statt. Der Gauleiter Kollege B o r a g, Braunschweig war erschienen und hielt in einem kurzen Vortrag einen Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit großem Interesse verfolgt. Beim 2. Punkt wurde beschlossen, am 1. Juli hier eine Zahlstelle zu gründen, und wurde eine provisorische Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Nach Schluß der Versammlung verbrachten die Kollegen noch einige Zeit im gemütlichen Beisammensein.

Briefkasten der Redaktion.

N. 58. Ein schriftlicher Mietvertrag ist nur erforderlich, wenn das Mietverhältnis für länger als ein Jahr geschlossen wird. Hast du also mündlich abgemacht, die Wohnung zu nehmen, so gilt das auch. Bist du nicht eingezogen, so kann der Vermieter von dir eine Entschädigung beanspruchen. Da in diesem Falle auch über die Abgabe und wann der Mietzins gezahlt werden sollte, nichts vereinbart ist, ist das Verlangen des Vermieters auf Zahlung einer Vierteljahrsrente berechtigt; es sei denn, der Vermieter hätte weniger als eine Vierteljahrsrente eingekassiert, so daß er dann nur Ersatz der tatsächlich eingekassierten Miete verlangen kann. Ob der geforderte Betrag angemessen ist, richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen und im besonderen nach der Beschaffenheit der Wohnung. Wir raten also zu einem Vergleich, vorausgesetzt natürlich, daß die Wohnung von dir fest gemietet wurde.
N. 59. In G. Besten Dank für die Zusendung! Sende nur den Handelsammerbericht ein; das ist uns sogar erwünscht!

Verbandsstil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Carl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.
Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Geld-, Einschreib- und Vertiefungen nur an W. Niederwelling, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5349 beim Postbeamten in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krahn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Kienast, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Ausbruch bestimmte Zuschriften sind an Emil Gitten, Altona-Altstadt, Hohensäß 3, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Ausgeschlossen nach § 15 b des Statuts: Pöglitz, die Zigarrenarbeiterin Elsa Seidemann aus Hohenkirchen, augsen. 25. 8. 1906, Buch S. II 20539, Kl. 2. (S. 679 u. 678 J. 13.)
Ohne Abmeldung ist abgereicht: Magdeburg, der Zigarrenmacher Otto Rühl aus Magdeburg, augsen. 0. 8. 13, Kl. 3, S. II Nr. 52149. (S. 1279,10 J. 13.)
Als verloren wurde gemeldet: Hohenheim, das Mitgliedsbuch lautend auf Marie Müller aus Hohenheim, S. II Nr. 50770, Kl. 2, augsen. d. 29. 10. 1907. Im Vorzeigungsfall ist das Buch zu konstatieren und an den Vorstand einzusenden. (S. Nr. 1210/20.)
Kaisler, das Mitgliedsbuch lautend auf Gebhard Thory aus ? S. II Nr. 14245, einget. ? Im Vorzeigungsfall ist das Buch zu konstatieren und an den Vorstand zu senden. (S. Nr. 1286/4.)
Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich das Mitgliedsbuch Otto Rühl, geb. 8. 2. 1892, S. II Nr. 04382, augsen. 14. 8. 06, befindet, werden ersucht, dessen genaue Adresse umgehend an den Vorstand einzusenden. (S. Nr. 1315/7.)

Ueberrichte.

Mitglieder anderer Verbände und solche, die vom Auslande ausreisen und in den „Deutschen Tabakarbeiter-Verband“ überzutreten wollen, werden nur dann übernommen, wenn sich die zum Uebertritt Gemeindevorstand bei ihrer Organisation, der sie bis dahin angehört haben, abgemeldet haben. Die Abmeldung muß im Mitgliedsbuch bescheinigt werden.
Die Gauleiter und Bevollmächtigten haben die sich zum Uebertritt Meldenden darauf aufmerksam zu machen.
Es ist wiederholt vorgekommen, daß Uebertritte von Bevollmächtigten vollzogen worden sind. Das ist unzulässig. Es wird deswegen erneut in Erinnerung gebracht, daß Uebertritte nur vom Vorstande vollzogen werden können. Alle diesbezüglichen Mitgliedsbücher oder Legitimationen sind zwecks Prüfung einzusenden.
Die Gauleiter wollen die Bevollmächtigten hierauf besonders hinweisen.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten.

Wiederholt ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, in welcher mitbräunlicher Weise Kollegen mit ihren Wanderkarten umgehen. Häufig werden Wanderkarten als verloren gemeldet, die sich nachher in ganz unbesorgten Händen befinden.
Beim Ueberheben von Unterstufungen wird den Bevollmächtigten dringend empfohlen, von Personen, die nicht persönlich bekannt sind, neben der Verbandsliegitation, auch der Wanderkarte, sich auch die Invalidenkarte oder eine andere Legitimation zeigen zu lassen.

Zur Beachtung!

In letzter Zeit sind bei Ästern die Fragen an uns gerichtet worden, unter welchen Voraussetzungen den Mitgliedern des Verbandes Fahrgeld und Umzugsunterstützung gezahlt werden kann. Wie halten es hierüber für ratsam, die diesbezüglichen Bestimmungen erneut bekannt zu geben. Diese lauten:
„Mitglieder, die Anspruch auf Fahrgeld oder Umzugsunterstützung erheben, haben der zuständigen Verwaltung den Nachweis beizubringen, daß die vor ihnen angetragene Arbeit als annehmbar zu betrachten ist. Als Beweis für die Annehmbarkeit der Arbeit kann nur angesehen werden eine Bescheinigung des Bevollmächtigten des neuen Wohnortes oder eine solche des zuständigen Arbeitsnachweisleiters.“
„Mitglieder, die Fahrgeld erheben wollen, haben außerdem den Nachweis beizubringen, daß sie, ohne eigenes Verschulden aus der Arbeit entlassen wurden.“
Die Bevollmächtigten werden dringend ersucht, vorstehende Bestimmungen genau zu beachten und bei Einreichung von Anträgen auf Gewährung von Fahrgeld und Umzugsunterstützung — neben einem ausführlichen Bericht darüber, aus welchen Gründen ein Wechsel des Wohnortes vorgenommen werden soll — die Personalien der Mitglieder (Tag und Jahr der Aufnahme, S. und Buchnummer und Beitragsklasse) genau anzugeben und das oben geforderte Beweismaterial beizulegen.

Eingehende Anträge, die nicht genügend begründet oder das geforderte Beweismaterial nicht enthalten, können nicht berücksichtigt werden.
Der Vorstand.

Abrechnungen vom 1. Quartal gingen beim Vorstand ein in der Zeit vom 21. bis 25. Mai:
1. Gau Hamburg: Bremerhaven.
10. Gau Erfurt: Meißna.
Vom 20. bis 26. Mai 1913 sind folgende Gelder bei mir eingegangen. B. = Verbandsbeiträge, C. = Extrabeiträge, F. = freiwillige Beiträge, J. = Juridikalgehalt.
17. Mai: Trebnitz B. 100.—, C. 2.—, Burgdamm B. 200.—, Hamburg B. 100.—, 18. Mai: Klein-Schmalzdorf B. 100.—, Lünen B. 5.—, durch B. Brandt. 19. Mai: Göhrnis B. 100.—, 20. Mai: Dresden B. 500.—, Wallbar bei Heidelberg B. 35.—, durch C. Bühler. Cassel B. 47.—, 21. Mai: Apolda B. 100.—, Lungenau B. 230.—, Schötmär B. 60.—, Warendorf B. 30.—, 22. Mai: Cottbus B. 60.—, 23. Mai: Hamburg B. 60.—, durch S. Koppa. Großknauf-Gesellschaft, Hamburg B. 100.—, Bremen, den 26. Mai 1913.
W. Niederwelling, Kassierer.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland sind folgende Gelder bei mir eingegangen.
18. Mai: Herzogshagen, B. Wahl 7.25. 21 Mai: Apolda, F. Schulz 10.—, 22. Mai: Braunschweig, W. Meher 15.—, Bremen, den 26. Mai 1913.
W. Niederwelling, Kassierer.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland sind folgende Gelder bei mir eingegangen.
18. Mai: Stockholm, C. Johansen 278,40 M. Bremen, den 26. Mai 1913. C. Deichmann.

Vom Vorstande sind ernannt:

Birkenau: Abraham Kozly als Revisor.
Spremburg: Herm. Brete als 1. Bev.

Adressenänderungen.

Spremburg (13): Der 1. Bev. Herm. Brete wohnt Slamen, Musfauerstr. 41.
Ueterfen (1): 2. Bev. Joachim Kleinfeld.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

N.-H. = Arbeitslosen-Unterstützung, K.-H. = Kranken-Unterstützung.
Spremburg: N.-H. bei H. Dedewitz, Spremburg-Slamen, Musfauerstr. 40 a.

Arbeitslosenstatistikarten.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten aller unserer Zahlstellen, die mit der vorigen „Tabak-Arbeiter“-Sendung in ihren Besitz gelangte graue Statistikarte („Kaisert. Statistisches Amt“) gewissenhaft zu beantworten und sie dem Vorstande in Bremen bis spätestens 5. Juni einzusenden zu wollen.
Als Stich- und Zähltag ist Sonnabend, 31. Mai, b. J., zu nehmen.
Mitglieder, welche krank, gemahregelt oder ausgesperrt sind, und kreisende Mitglieder dürfen als arbeitslose Mitglieder nicht mitgezählt werden.
Wir erwarten nun bestimmt, daß die Bevollmächtigten aller Zahlstellen unseres Verbandes ihre Pflicht erfüllen, und die grauen Statistikarten nicht allein gewissenhaft beantworten, sondern auch rechtzeitig einsenden werden.

Zahlstellen, die aus Versehen keine Karte erhalten haben, müssen dem Bureau sofort Nachricht geben.
Zahlstellen, die keine Karten einsenden, werden verurteilt.
Bremen. Der Vorstand.

Arbeitsnachweise

Die Bureau befinden sich:
Für den Gau Hamburg: Altona: Gottlieb Osterag, Bureau: Einshüttelerstraße 10.
Für Bremen: Bremen: Heinrich Bobbenkamp, Faulenstr. 58/60 I, Zimmer 18.
Für den Gau Braunschweig: Braunschweig: Ernst Sparlake, Gabelbergerstr. 4 p. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zugereiste dort Arbeitslosenunterstützung.
Für den Gau Nordhausen: Nordhausen: Verbandsbureau: Wolfstraße 14.
Für den Gau Hersford: Hersford: Wilhelm Schlüter, Bureau, Kurfürstenstraße 3.
Für den Gau Köln: Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.
Für den Gau Frankfurt a. M.: Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Gneisenaustr. 113 II.
Für den Gau Offenburg: Offenburg: Georg Durban, Turmhallenstraße 11 I.
Für den Gau Heidelberg: Heidelberg: Gauleiter Chr. Stöck, Hauptstr. 113 a, Seitenbau II.
Mannheim: Ferd. Dahms, H. 5, Nr. 22.
Für den Gau Karlsruhe: Karlsruhe: Ad. Heising, Werderstraße 95, prt.
Für den Gau Erfurt: Erfurt: Anton Fischer, Ubeiterstraße 28. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.
Für den Gau Dresden: Dresden: Joseph Domeyer, Nigenbergstr. 211, Zimmer 84. Walter Nobis, Dresden-Bischen, Torgauerstr. 56, prt., für die Sortierer.
Für den Gau Breslau: Breslau: Wilhelm Krämer, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17 II, Zimmer 30.
Für den Gau Berlin: Berlin: Alwin Schulze, Bureau: Dragonerstraße 6a, vorn, II. Etg.
Alle Arbeitsuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Arbeitsnachweise für Sortierer und Ristenbekleber

Leipzig: Ferd. Fölle, Leipzig-R., Gabelbergerstr. 30 II.
Böhlen: Helm. Weltermann, Böhlen, Langestr. 48.
Freiberg: Carl Feldmann, Fürtentstraße 6 II.
Breslau: Otto Hempel, Hofplatzstr. 53, Seitenhaus 1.
Hagen: Ost. Schöffler, Parkstr. 48.
Brieg: Anstalt in Arbeitsangelegenheiten für Sortierer erstellt: Carl Sauske, Neubauerstr. 68.
Döbeln: Franz Fanta, Hauptstr. 18 I.
Altenburg (S.-M.): Ernst Kirmie, Jungfergasse 63 II.
Berlin: Otto Kramer, Berlin NO. 66, Großschwalberstr. 195.
Bremen: Louis Mehner, Neustadtstr. 20, Ecke Hegelstr.
Waldheim: Rob. Gleisberg, Waldheim-R., Hauptstr. 72.
Delitzsch: Oswald Heiblich, Dübenerstr. 2.
Erfurt: Otto Gerlach, Kleiststr. 18 prt.
Apolda: Gm. Döring, Hermsfelderstr. 46.
Hilbe: Carl Menlo, Bahnhofstr. 4.
Frankenberg: William Behrend, Kuehne Altenheimerstr. 11.
Bautzen: Valentin Markwig, Treßlaerstr. 12.
Mittweida: Walter Raabe, Steinweg 70.
Treffurt a. Bertra und Schnellmannshausen: W. Lamp, Treffurt an der Bertra.

Mitglieder-Versammlungen.

Jeder ernstliche Gewerkschafter besucht regelmäßig die Versammlungen!
Sonnabend, den 31. Mai:
Bremen, Sektion der Sortierer und Bekleber. Ab. 8 1/2 im Gewerkschaftshaus. L.-D.: Wahl der Sektionsleitung; Besprechung über Arbeitsnachweise-regulativ.
Hilbe: Sektion Sortierer und Bekleber. Ab. 9, bei Weller, am Brunn.
Sonnatag, den 1. Juni:
Sachsenheim-Ilvesheim: Nachm. 2, im „Lamm“. L.-D.: Bericht von der Generalversammlung; Die gegnerischen Gewerkschaften; Verschiedenes.
Hersford: Vorm. 10, Gewerkschaftshaus. Stellungnahme zum Verbandsstag.
Westeranger: Nachm. 3, im Konsumverein. L.-D.: Vortrag des Gauleiters Wahle. Stellungnahme zum Verbandsstag.
Montag, den 2. Juni:
Hilbeheim: Ab. 8 1/2. L.-D.: Gewerkschaftsfecht. Verschiedenes.
Braunschweig: Ab. 8 1/2, Stadt Bismarck. L.-D.: Aufnahme neuer Mitglieder; der Verbandsstag; Verschiedenes.
Wemgo: Ab. 8 1/2, bei Schröder. L.-D.: Stellungnahme zum Verbandsstag.
Sonnabend, den 7. Juni:
Freiberg: Ab. 8 1/2, Union, II. Saal. L.-D.: Vortrag des Kollegen Wenzel über die „Volksfürsorge“; Rechtsauskunftsstelle; Gewerkschaftliches.
Sonnatag, den 8. Juni:
Balsdam: Mittag 1 Uhr, Vereinslokal. L.-D.: Vorschläge zur Delegiertenwahl.
Sonnabend, den 14. Juni:
Hilbe: Ab. 8 1/2, bei Rühle. L.-D.: Der Verbandsstag.

Achtung, Zahlstelle Berlin und Umgegen!

Sämtliche Einzelzahler sowie Mitglieder und Vertrauensleute der Zigarren- und Zigarettenfabriken, mit Ausnahme von Garbath, Dienold, Kadba und Juhl, werden ersucht, die Mitgliedsbücher bis spätestens 9. Juni im Bureau resp. an den bekannten Zahlstellen aufzuliefern. Nach erfolgter Registrierung können dieselben an denselben Stellen, und zwar möglichst bis 23. Juni, wieder abgeholt werden.
J. N. Alwin Schulze.

Gestorben:

Am 14. Mai zu Dessau Christian Ringner aus Bremen, 66 Jahre alt.
Am 18. Mai zu Bernburg Emil Lippmann aus Freiberg i. S., 49 Jahre alt.
Am 19. Mai zu Altona-Ottensen Ludwig Wegener aus Altona, 55 Jahre alt.
Am 21. Mai zu Goslar Auguste Bräuning geb. Brecht aus Hasserode, 47 Jahre alt.
Am 22. Mai zu Treffurt Anna Sunstodt aus (?), 31 Jahre alt.
Am 24. Mai zu Berlin Karl Duetz aus Berlin, 75 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

H

Neue Sumatra-Einkäufe in der Einschreibung vom 9. Mai d. J.:

F

Prachtvolle Deli-Tabake

zu billigen Preisen

Nur Qualitätsmarken mit tadellos weissem Brand!

- | | | | |
|--|-----------------|---|-----------------|
| Nr. 1901. Lochblatt 1, Länge, sehr blattig, matte, reine Farben | Mk. 2.30 | No. 1905. Vollblatt 2, Länge, reinfarbig, matt, narbiger Tabak | Mk. 3.50 |
| No. 1902. Vollblatt 2, Länge, hell, etwas Spickel, vorzüglicher Linksroller | Mk. 2.40 | No. 1906. Vollblatt 2, Länge, matte, schöne Farben, aus Sandblattpartie | Mk. 3.80 |
| No. 1903. Vollblatt 1, Länge, matt reinfarbig, ausserordentlich deckfähig | Mk. 2.80 | No. 1907. Vollblatt 2, Länge, matte, reine Farben, riesig deckfähig | Mk. 4.- |
| No. 1904. Vollblatt 2, Länge, reinfarbig, narbiger edler Tabak, lebhaft helle Farben | Mk. 3.10 | No. 1908. Vollblatt 2, Länge, Sandblatt, sehr deckfähig, vorzügliche Farben | Mk. 4.20 |

Sumatra-Umblatt:

No. 1920. Vollblatt, 3. Länge, leicht, blattig, sehr ergiebig **Mk. 1.40** verzollt

Gebrauchte Wickelformen
Riesenauswahl!
Billige Preise!

Heinrich Franck

Berlin N. 54
Brunner-Strasse 22

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4352

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3948 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3948
empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Bollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500	Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400
Sumatra-Umblatt, Bollblatt, 155, 180	Hayasa 200, 250, 300, 400
Java-Decker, dunkel 220, hell 260, 280, 300, 320	Yara-Cuba 200, 220, feine Qualität
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165	Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150
Java-Einlage 95, mit Umbl. 110, 120, 130	Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320	Domingo-Umbl. 110, 120, 130
Brasil-Decker 175, 200, 210	Domingo-Einlage- und Umblatt 100
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160	Rio-Grande-Decker 120, 130, Einlage 110

Losgut, nur überseefische Original-Tabake, meist Umblatt, 100, beste Sorte leicht und sehr blattig 110

Wickelformen (neu und gebraucht in allen Fassungen von 50-150) Schiffschen-Abdruck verleihe gratis und franco. Neue, schmeldeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Gummi-Tragants, allerfeinste Ware, größte Stebekraft, pro Pfd. 250 M. Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130, Eastbündelband, grau und hochfarbig, pro 100 Meter-Rolle 150 M. Preis per Pfund verzollt einschliesslich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Geldnot
Mit das Hebel der letzten Zeit. Möchten Sie sparen, so sparen Sie am rechten Platz. In dem Kleidermagazin erhalten Sie von

Millionären
Mellenden, qualitativen, besten nur wenig getragene reinwollene, vielfach auf Solde gearbeitete Sachen. Sie kaufen reell und billig und bei

M. Diamond, München
Buttermelcherstrasse 5.

Bestellen Sie noch heute ohne Verbindlichkeit meinen Katalog 38, welcher Ihnen gratis und franco zu Diensten steht. Die bedeutendsten Vorteile, welche ich Ihnen bieten, werden Sie dann selbst erkennen.

Saffo-Anzüge, 1- und 2-reihig	von M. 10-40
Schwalbenrock-Anzüge	7-35
Geschnitten-Anzüge, schwarz und Modelfarben	10-40
Grad- und Smoking-Anzüge	10-45
Einzeln. Hosen und Saffo	3-10
Moderne engl. Mäntel, 1- und 2-reihig	6-30
Frühjahrsüberzieher	4-18
Gummi-Mäntel in allen Farben	14-30
Stadt-Pelze	60-200

Große Abteilung für hochfeine neue Garderobe zu sinnend billigen Preisen.

Wird ausgeboten, da für nichtkommerzielle Waren anstandslos das Geld zurückgegeben oder auf Wunsch umgetauscht wird.

Versand nur per Nachnahme.

Preiswerte Tabake.

Sumatra-Decker, 3. Länge Bollblatt, mittelhell, 180	Sumatra-Decker, 2. Länge Bollblatt, mittelhell, 200
Sumatra-Decker, 1. Länge hell, 450	Vorstenland-Decker, hell, 200 und 250
Java-Umblatt, Bezoest, 140	Java-Einlage 85
Felix-Decker PP, Cruz das Almas, 200 und 220	Felix-Einlage, getrocknete Blätter, 140
Domingo FF, großes zartes Blatt, 125	Domingo F-Umblatt, 105
Domingo H, blattiger Aufarbeiter, 95 und 100	Carmen, großes Umblatt, beste Ware, 135
Carmen-Umblatt, Ia. Ware, 120	Carmen-Aufarbeiter, 110
Carmen-Einlage, 100	Havana-Vuelta, Einlage mit Aufleger 200
Havana-Einlage, saure Vuelta in Paketten 160	Mexiko-Decker, tadellos braun, 230
Losgut, rein amerikanisch, beste Ware, 95	Preise pr. 1/2 kg verzollt inkl. Wertzuschlag.

Versand nur gegen Nachnahme.

Borrmann & Spedit
Rohtabak • Bremen

empfehlen in hervorragenden Qualitäten und sehr preiswert:

Sumatra-Decker, 2. Länge Bollblatt, mittelfarbig und von großer Deckkraft, Pfd. 2.40 M., hellfarbig und leicht, sehr fein, Pfd. 2.80 M.	Vorstenland-Decker, hellfarbig, sehr leicht, Pfd. 2.90 M.
Felix-Decker, das Feinste im Brand u. Aroma, Pfd. 2.60 u. 2.95 M.	Als Erlag für Brasil-Decker allerfeinste dunkle Vorstenland-Decke größte Deckkraft, Pfd. 1.90 M.
Carmen-Umblatt Ia. la., das Beste, was es hierin gibt, großes, volles, zartes Blatt, Pfd. 1.60 M.	Domingo-Umblatt, sehr zu empfehlen, Pfd. 1.45 M.
Domingo-Umblatt und -Einlage, trocken und leicht, Pfd. 1.15 M.	Java-Umblatt, beste Qualität, großes volles Blatt, Pfd. 1.40 M.
Java-Einlage, sehr blattig u. feinschmelzend, Pfd. 1.15, 1.25 M.	Havana-Vuelta (sauer) Pfd. 3.10, 3.75 M.
Yara-Cuba (sauer) Pfd. 2.50, 2.70, 2.90 M.	Brasil-Umblatt und -Einlage, sehr fein im Geschmack, Pfd. 1.60 M.
Losgut 95, 1 M., Original-Mischung 1.10, 1.15, 1.20 M.	Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt, einschliesslich Wertzoll.

Versand nur gegen Nachnahme.

W. Hermann Müller
= Berlin, Magazinstrasse 14 =

Neu eingetroffen:

Java-Umblatt Tjondro No. 7372
leicht, blattig, sicher brennend, M. 1.60 pro Pfund verzollt.

Sumatra No. 6869
2. Länge Vollblatt, alter Tabak, nur M. 2.25 pr. Pfund verzollt

Beordern Sie Muster!

Hermeking & Boy
Berlin I, Brunnenstrasse 183

Sumatra-Decke, sehr große Ausw. mittel- und hellfarbig. Vollblatt, 2. und 3. Länge, à 250 bis 500 M., hell ff. 600 M.

Vorstenland-Decke, dunkel, bester Mexiko-Gesam. à 260 M., helle Schreibede à 300-400 M.

Java-Einlagen à 110-125 M.

Java-Aufarbeiter à 130-145 M.

Java-Umblatt à 150-190 M.

Mexiko-Decke ff. 450 M.

Brasil à 150-190, Decke à 350 M.

Havana à 350 M., Cuba à 200 M.

Domingo à 120-170 M.

Carmen à 120-155 M.

Vorkerkerker Ia. à 105 M.

Losgut Blatt-Ramponagen à 125 M.

Wickelformen, gebrauchte, gut erhaltene, Schiffschen-Abdrucke gratis und franco.

Prozogen zu 12 Formen, oben u. unten losger. vergraut, Holzfuß u. Goldbrüchplatte in sehr starker Ausführung. Leichte Träger, 10 M. kostf. 11 M., nur 10 M.

Presskasten, Bündelböcke, Kollbrötter, Arbeitsmesser, Lack, Papier, Band, Ringe, Etiketten, Gummi-Tragant.

Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe, etc.

Tabakpreise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3% Kontof.

Verlangen Sie Preisverzeichnis.

P. Zimmer, Bremen
Bulhauptstrasse.

Rohtabakgeschäft Otto Brandes
BREMEN, Westerstrasse 26

Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zigarrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

H. Edling
Bremen, Fernspr. 5482
— anerkannt reelle, billige —
Bezugsquelle sämtlicher Tabake

empfehlen:

Sumatra-Decker (schneeweiß Brand) 180, 200, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500	Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140, 150, 160, 170 M., Stückblatt 130, 140, 150 M.
Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 M., (mittel) 200, 220, 240, 250 M.	Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 M.
Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115 M.	Vorstenland-Decker 180, 200, 220, 240, 260, 270, 300, 320, 350 M.
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240 M.	Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 M.
Geschlittene Einlage 110 M.	Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 130, allerfeinstes Umblatt 140 M.
Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130 M.	Seedleaf 110, 120 M.
Losgut (blattig) 95, 100 M.	Original-Mischung 105, 110, 120 M.
Havana 150, 200, 250, 300, 400 M.	Becker 650 M.
Yara-Cuba (sauer) 180, 200, 250 M.	

Käse

Holsteiner Holländer Käse billiges, nahrhaftes Lebensmittel bei den teuren Zeiten (kein Kunstprodukt, sondern reines Naturware) liefert in Broden von 9 Pfund zu Mk. 3.95 ab hier.

Schweine-Kleinfleisch
(Rippchen, Kopfschinken, Schenkel, Ohren, Fleischige (Bacon) seit 10 Jahren über ganz Deutschland eingeführt.)

10 Pfd. Postkoll Mk. 2.95	Kübel mit 25 und 50 Pfd. Inhalt per Pfd. nur 28 Pfd.
9 Pfd. Thüringer Rohwurst Mk. 5.85	9 Pfd. Landfleisch Mk. 5.85
9 Pfd. geräuch. Rippenschinken Mk. 4.25	9 Pfd. reines Schweinefleisch Mk. 6.95
9 Pfd. Ester-Rauchfleisch ohne Abfall Mk. 4.05	9 Pfd. geräuch. Altko-Schweinbacken Mk. 6.95

Alles ab hier Nachnahme.

Heinrich Krognann
Nortort I. H. Nr. 263

Das Hamburger Roh-Tabaklager
In Seesen am Harz
Inh. John Levie

empfehlen sein besonders reichhaltiges Lager in sämtlichen überseeischen Tabaken und garantiert für nur tadellos brennende und schmeckende Ware. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Verlangen Sie Kataloge. Formen in grosser Auswahl.

Sichere Gewinn findet ein Zigarrenmacher,
der in der Lage ist, sich als Tabakhaber an einem gut fundierten Zigarrengeschäft mit eigener Fabrikation mit ca. 2000 M. zu beteiligen. Im Betracht kommt ein Promiss habtchen in der Nähe von Frankfurt a. M. Offerten unter Nr. 35 an die Expedition d. Bl. erbeten.